

**RECHTSEXTREMISMUS
UND GRUPPENBEZOGENE
MENSCHENFEINDLICHKEIT
IM FREISTAAT THÜRINGEN**

Thüringer Zustände

Fakten und Analysen | 2023

**ezra
MOBIT
KomRex
IDZ
(Hrsg.)**

Thüringer Zustände

**RECHTSEXTREMISMUS
UND GRUPPENBEZOGENE
MENSCHENFEINDLICHKEIT
IM FREISTAAT THÜRINGEN**



INHALT

Executive Summary — 6
Grußwort des Direktors
der Stiftung Gedenkstätten
Buchenwald und
Mittelbau-Dora — 8
Vorwort — 10

THERESA LAUSS UND FRANZ ZOBEL

Rechte, rassistische und
antisemitische Gewalt
weiterhin auf hohem Niveau,
Sonneberg als neuer
Hotspot In Thüringen — 12

TEAM MOBIT

Die extrem Rechte in Thüringen
2023 — 19

SUSANNE ZIELINSKI

Explosion antisemitischer
Vorfälle: Die Folgen
des Massakers der Hamas
in Thüringen — 25

SYLVIA SPEHR

#nordhausenzusammen:
Wellenbrecher
in Nordthüringen — 30

FELIX STEINER UND AXEL SALHEISER

Stadt, Land, AfD:
Antidemokrat*innen
auf dem Vormarsch? — 37

MATTHIAS HANNEMANN

Regionale Verbitterung
und Rechtspopulismus:
Auswirkung auf Unternehmens-
praktiken, -netzwerke und
-wettbewerbsfähigkeit — 43

KRISTIN PIETRZYK UND ALEXANDER HOFFMANN

AfD-Verbot: Verzichtet
die »wehrhafte Demokratie«
auf ihre Waffen? — 49

STEFANIE SCHREIBER UND FRANZISKA SCHESTAK-HAASE

Feindbild »links«: Kontinuitäten
antilinker Gewalt — 54

FIONA SCHMIDT

Sekundäre Viktimisierung
durch Polizei und Justiz — 62

NOUREDDINE MENACHER UND JANINE DIECKMANN

»Raus aufs Land«: Ausbau
der Antidiskriminierungsberatung
in Thüringen — 68

Autor*inneninformationen — 75
Impressum — 83

EXECUTIVE SUMMARY

EIN BLICK AUF DIE ENTWICKLUNG

RECHTER, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen im Jahr 2023 zeigt, dass die Zahl der Angriffe auf einem sehr hohen Niveau bleibt und weit über dem jährlichen Durchschnitt seit dem Bestehen der fachspezifischen Gewaltopferberatungsstelle ezra liegt. Zudem wird die erschreckende Kontinuität rassistischer Gewalt deutlich, welche häufigstes Tatmotiv bleibt. Erstmals ist der Landkreis Sonneberg ein Schwerpunkt rechtsmotivierter Gewalt im Freistaat, wobei die starke Zunahme auf das Erstarken der extrem rechten AfD zurückgeführt wird.

2023 ZEIGT SICH ERNEUT, dass die Thüringer Neonazis-Szene außerhalb ihrer subkulturellen Aktionsfelder über keine nennenswerte Mobilisierungsfähigkeit verfügt. In den vergangenen Jahren hat sich dagegen in Thüringen eine extrem rechte Bewegung formiert, die zu einer merklichen ideologischen Radikalisierung ihrer Anhänger*innenschaft beiträgt. Politisch profitiert davon vor allem die Thüringer AfD.

DIE RECHERCHE- UND INFORMATIONSTELLE ANTISEMITISMUS (RIAS) dokumentierte seit dem Herbst 2023 eine massive Zunahme von israelbezogen-antisemitischen Vorfällen in Thüringen. Der Alltag von

Jüdinnen*Juden ist noch unsicherer geworden, weil Antisemitismus seither milieübergreifend offen ausgelebt wird.

DAS BÜRGER*INNENBÜNDNIS #NORDHAUSENZUSAMMEN hat mit seinem vielfältigen Engagement im Kontext der Oberbürgermeisterwahlen (und darüber hinaus) bewiesen: Die »blaue Welle« kann gestoppt werden. Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sind stark. Ein Zusammenleben ohne Angst und Ausgrenzung ist möglich.

SONNEBERG UND NORDHAUSEN WURDEN IM SOMMER 2023 zu Symbolen der erstarkenden AfD und der Frage, ob und wie man den Aufstieg der Rechtsextremen in kommunale Spitzenämter stoppen kann. Im Vorfeld der Wahlen und bei den Wahlergebnissen zeigten sich erhebliche regionale Unterschiede. Anders als in Sonneberg konnte in Nordhausen, vor allem dank intensiver zivilgesellschaftlicher Gegenmobilisierung, die Wahl des AfD-Kandidaten knapp verhindert werden – ähnlich wie im Januar 2024 im Saale-Orla-Kreis.

EINE STUDIE DER FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT zu Unternehmenspraktiken, -netzwerken und -wettbewerbsfähigkeit in Ostthüringen zeigt den großen Einfluss von Unternehmer*innen in Klein- und

Mittelbetrieben auf das gesellschaftliche Klima. Dabei ist eine Dreiteilung erkennbar: Neben Unternehmen, deren Geschäftsführungen Migration als Chance zur Fachkräftesicherung bejahen und dafür offen sind, gibt es solche, die gegenüber Migrant*innen prinzipiell negativ und ausschließend gegenüberstehen, sowie solche, in denen Migrant*innen nur ungern und oft nur befristet eingestellt werden, um Widerstand von regionaler Kundschaft zu vermeiden. Die damit verbundenen Dynamiken können einen negativen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region haben.

WOMÖGLICH WIRD DIE AFD BEI DEN KOMMENDEN LANDTAGSWAHLEN

in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt erhebliche Stimmanteile erzielen. Seit Anfang 2024 sind im gesamten Bundesgebiet Millionen von Menschen auf die Straße gegangen, um gegen Rechtsextremismus und für Demokratie zu demonstrieren. Viele von ihnen kritisieren das Agieren des Staates gegenüber der AfD als zu zögerlich. Denn es sind hinreichende Verbotgründe gegen die AfD gegeben, weil diese eine völkisch-rassistische Einstellung zur Grundlage ihrer Politik gemacht hat. Der Verbotantrag muss zwingend gestellt werden, will man nicht erhebliche Teile der Gesellschaft schutzlos stellen.

IMMER WIEDER SIND IN THÜRINGEN

Menschen von rechten Angriffen betroffen, weil sie als ›links‹ markiert werden. Das Feindbild ›links‹ und antilinke Gewalt sind integraler Bestandteil (extrem) rechter Ideologie und haben in Deutschland eine lange Tradition. Unter den Betroffenen antilinker Gewalt sind z. B. Aktive der Zivilgesellschaft (in Ehrenamt und Hauptamt), Journalist*innen oder demokratische Politiker*innen. Die hohe Zahl der von ezra erfassten Angriffe 2023 sowie die bereits bekannten Vorfälle 2024 wie der Brandanschlag auf das Haus eines SPD-Kommunalpolitikers lassen besorgniserregende Entwicklungen erkennen.

EINE NEUE STUDIE BELEGT, DASS VON RECHTER GEWALT BETROFFENE

im Umgang mit Polizei und Justiz häufig sekundäre Viktimisierung erfahren. Dies sind keine Einzelfälle. Die schädigenden Reaktionen von Behörden gegenüber Betroffenen stellen ein institutionelles Problem dar.

WIE KÖNNEN ANTIDISKRIMINIERUNGSBERATUNGSSTRUKTUREN

im ländlichen Thüringen ausgebaut werden? Ergebnisse einer Analyse in zwei Landkreisen zeigen, dass es generell mehr finanzielle Ressourcen für die Beratungslandschaft und weniger Verantwortungsabgabe in ehrenamtliche Strukturen braucht. Weiterhin ist die Einbeziehung von Selbstvertretungen in Gremien, Netzwerken und Politik essenziell.

Grußwort des Direktors der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora

Vor 100 Jahren, 1924, trat in Thüringen erstmals in einem Land der Weimarer Republik eine von den Nationalsozialisten tolerierte

bürgerliche Minderheitsregierung ihr Amt an. Die Nazis ließen sich die Tolerierung teuer abkaufen: Sie erzwangen die Entlas-

sung des sozialdemokratischen jüdischen Landesbankpräsidenten und jüdischer Staatsanwälte, das Bauhaus wurde von Weimar nach Dessau vertrieben und die Nazis setzten sich in der politischen Kultur Thüringens fest.

1926 feierte die NSDAP in Weimar ihren ersten Reichsparteitag, und vier Jahre später, 1930, gelang der NSDAP in Thüringen der Einzug in eine Regierungskoalition mit Konservativen – auch das erstmals in einem Land des Deutschen Reiches. Die Nazis hatten zu diesem Zeitpunkt nur zwölf Prozent der Wählerstim-

A portrait of Prof. Dr. Jens-Christian Wagner, a middle-aged man with short, graying hair and blue eyes, wearing a dark gray blazer over a blue patterned shirt. He is looking directly at the camera with a neutral expression.

*Prof. Dr. Jens-Christian
Wagner ist seit 2020
Direktor der Stiftung
Gedenkstätten Buchenwald
und Mittelbau-Dora*

men, konnten aber zwei Schlüsselministerien besetzen: das Innenministerium und das Volksbildungsministerium.

Thüringen war ein Vorreiter auf dem Weg zum NS-Staat. 2024, 100 Jahre nach der ersten Tolerierung einer Landesregierung durch Nationalsozialisten, droht Thüringen erneut zu einem Experimentierfeld für den Aufstieg von Rechtsextremen zu werden. Es besteht die reale Gefahr, dass der Freistaat im Herbst einen AfD-Ministerpräsidenten oder eine Regierung hat, die von der AfD auf die eine oder andere Weise gestützt wird.

Nun sollten wir uns vor schiefen historischen Analogien hüten. Die heutige Lage ist nicht identisch mit der von 1924 und auch nicht mit der von 1930 oder 1933. Trotzdem kann der historisch informierte Vergleich mit den 1920er- und 1930er-Jahren helfen, unseren Blick auf die aktuelle politische Lage und die Gefahren, die mit ihr einhergehen, zu schärfen.

Ein ganz wesentlicher Punkt unterscheidet uns von den 1920er- und 1930er-Jahren: Wir wis-

sen, wie es damals ausgegangen ist. Umso wichtiger ist heute die historisch-politische Bildungsarbeit – nicht nur in historischer Perspektive, sondern auch mit dem wachen und wissenschaftlich fundierten Blick auf heutige Erscheinungsformen von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und extrem rechtem Denken. Dazu leisten die Institutionen, die die »Thüringer Zustände« herausgeben, sowie zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen und Einzelpersonen einen engagierten Beitrag, dessen Wert man gar nicht hoch genug einschätzen kann und der den Dank der demokratischen Mehrheit im Land verdient hat.

Die Beiträge in der Ausgabe 2023 der *Thüringer Zustände* zeigen in erschreckender Deutlichkeit, welches Ausmaß rassistische und antisemitische Gewalt und die Bedrohung der liberalen Demokratie in Thüringen angenommen hat – nicht nur durch die AfD, sondern auch durch eine extrem rechte Mischszene aus Pandemieeugner*innen, Putin-Anhänger*innen, »Reichsbürger« bis hin zu gewaltbereiten

neonazistischen Gruppierungen.

Die Beiträge in den *Zuständen* zeigen aber auch, wie breit und vielfältig die Zivilgesellschaft in Thüringen dagegenhält und sich für Demokratie und Weltoffenheit engagiert – und das nicht nur in Großstädten wie Erfurt oder liberalen Universitätsstädten wie Weimar oder Jena, sondern auch auf dem Land in Regionen, in denen extrem Rechte im öffentlichen Diskurs teilweise bereits die kulturelle und politische Hegemonie erlangt haben. Sich ihnen dort entgegenzustellen, braucht Mut, verdient Dank und Anerkennung und sollte die »schweigende Mehrheit« anspornen, es ihnen gleich zu tun.



PROF. DR. JENS-CHRISTIAN WAGNER

Direktor der Stiftung
Gedenkstätten Buchenwald
und Mittelbau-Dora

VORWORT

Zum vierten Mal in Folge erscheinen die *Thüringer Zustände*, die *ezra*, *MOBIT*, *KomRex* und *IDZ* gemeinsam herausgeben. Wie bereits in den Vorjahren fokussieren wir darin Phänomene der Demokratiegefährdung, des Rechtsextremismus, des Rassismus, des Antisemitismus und der Diskriminierung in Thüringen.

Wir blicken dabei insbesondere auf das Jahr 2023 zurück. Der Veröffentlichung im Sommer 2024 ist geschuldet, dass einige der Beiträge auch auf Ereignisse und Entwicklungen Bezug nehmen, die in diesem Jahr stattfanden. Im Nachgang der Kommunalwahlen und vor der Landtagswahl 2024 ist es uns ein Anliegen, eindringlich auf die Gefährdungen der demokratischen Kultur durch den erstarkten Rechtsextremismus in Thüringen hinzuweisen – und auf Problemlagen im Kontext der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, die sich in Thüringen seit Jahren wie unter einem Brennglas zeigen. Davon zeugt u. a. die Jahresstatistik von *ezra*, die weiterhin ein hohes Aufkommen rassistischer Angriffe dokumentiert. Immer öfter betroffen sind aber auch Menschen, die sich demokratisch engagieren und gegen Rechtsextremismus positionieren – eine Folge der Konstruktion eines Feindbildes ›links‹. Ebenfalls bedenklich sind die Befunde zum Umgang mit Betroffenen durch Polizei und Justiz sowie Beobachtungen, wie sich das Spektrum demokratiefeindlicher Akteur*innen im Freistaat verbreitert und seine Vernetzungs- und Mobilisierungsaktivitäten vorantreibt. In Sonneberg konnte die

demokratiefeindliche AfD erstmals den Posten des Landrats besetzen. Mit fatalen Folgen: Rechte Angriffe nahmen dort stark zu, weil sich Täter*innen offensichtlich durch den Wahlerfolg legitimiert fühlten. In Nordhausen und im Saale-Orla-Kreis hingegen ist es insbesondere dem zivilgesellschaftlichen Engagement demokratischer Bürger*innen zu verdanken, dass die Partei vorerst keine weiteren Spitzenämter erringen konnte. Demokratische Bündnisarbeit macht Mut und ist 2024 so wichtig wie lange nicht. Doch zivilgesellschaftliches Engagement kann letzten Endes nur erfolgreich sein, wenn Staat und Politik wirksamer gegen Rechtsextremismus und andere Formen der Demokratiefeindlichkeit vorgehen, um somit politisch Aktive und Minderheiten zu schützen. Deshalb, so zwei unserer Autor*innen, sollte endlich ein Verbotsverfahren gegen die AfD eingeleitet werden. Weitere Beiträge betonen, wie wichtig es ist, breite gesellschaftliche Verantwortung für die Stärkung der demokratischen Kultur zu übernehmen. Das gilt auch für Akteur*innen in der Wirtschaft, die die verbreitete Ablehnung von Migration und Asyl besonders im Kontext des dramatischen demografischen Wandels

als »negativen Standortfaktor« in strukturschwachen Regionen begreifen müssen. Abwertung und Ausgrenzung muss entschlossen entgegengetreten werden, u. a. indem Antidiskriminierungsarbeit flächendeckend ausgebaut wird. Vor dem Hintergrund der politischen Entwicklungen und angesichts der prekären Finanzierungsperspektiven in Bund und Land besteht dringender Handlungsbedarf für die langfristige Absicherung aller Demokratieprojekte im Freistaat.

Den vielfältigen Perspektiven, individuellen Selbstverständnissen, kollektiven Leitbildern und professionellen Handlungsaufträgen der Autor*innen ist geschuldet, dass die Einzelbeiträge kritische Bewertungen beinhalten. Das ist beabsichtigt: Es gilt, Rassismus, Antisemitismus und die Aktivitäten extrem rechter Akteur*innen nicht nur aufzuzeigen, sondern diese deutlich zu verurteilen und sich konsequent, empathisch und solidarisch mit Betroffenen zu positionieren. Diesen Grundsätzen fühlen sich die Autor*innen der »Thüringer Zustände« verpflichtet.

Ziele der »Thüringer Zustände« sind

1) FAKTENBASIERTE DARSTELLUNG UND KRITISCHE EINORDNUNG der aktuellen Situation des Rechtsextremismus, des Antisemitismus und Rassismus, der Abwertung, Diskriminierung und Hassgewalt im Freistaat Thüringen

.....
2) KOMPAKTE ANALYSEN UND ÜBERBLICKE aus den Perspektiven der herausgebenden Institutionen unter Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Perspektiven bzw. Betroffenenperspektiven sowie gegebenenfalls relevanter regionaler und lokaler Schwerpunktsetzungen

3) BEREITSTELLUNG EINER SOLIDEN INFORMATIONS- UND DOKUMENTATIONSGRUNDLAGE für landesweite, regionale und kommunale politische Verantwortliche, Mitarbeiter*innen in Behörden, Bildungsinstitutionen, Akteur*innen der Zivilgesellschaft sowie Journalist*innen

Diese Publikation wurde aus Mitteln des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (DenkBunt) finanziert. Die vier herausgebenden Institutionen werden als Strukturprojekte des Landesprogramms vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) gefördert.

Wir danken allen Autor*innen und Beteiligten. Besonderer Dank gilt Susanne Haldrich für das Lektorat und Uwe Adler (Weimar/Berlin) für den Satz und das Layout.

Für die Herausgeber*innen

Romy Arnold — MOBIT
Franz Zobel — ezra
Johannes Streitberger — KomRex
Axel Salheiser — IDZ

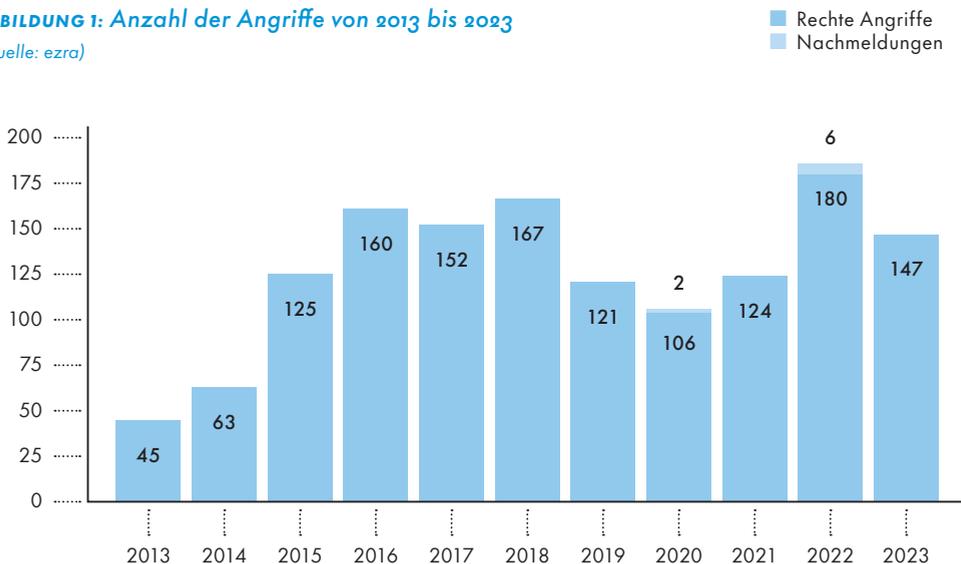
RECHTE, RASSISTISCHE UND ANTISEMITISCHE GEWALT WEITERHIN AUF HOHEM NIVEAU, SONNEBERG ALS NEUER HOTSPOT IN THÜRINGEN

Theresa Lauß und Franz Zobel

Für 2023 registrierte *ezra* als fachspezifische Gewaltopferberatungsstelle im unabhängigen Monitoring 147 rechte, rassistische und antisemitische Gewalttaten in Thüringen mit mindestens 291 direkt betroffenen oder mit-angegriffenen Personen. Die Zahl ist im Vergleich zum Vorjahr zwar gesunken, liegt aber weiterhin auf einem sehr hohen Niveau und damit über dem Durchschnitt von 117 Angriffen pro Jahr seit dem Bestehen der Beratungsstelle (*ezra* 2024b).

ABBILDUNG 1: Anzahl der Angriffe von 2013 bis 2023

(Quelle: *ezra*)

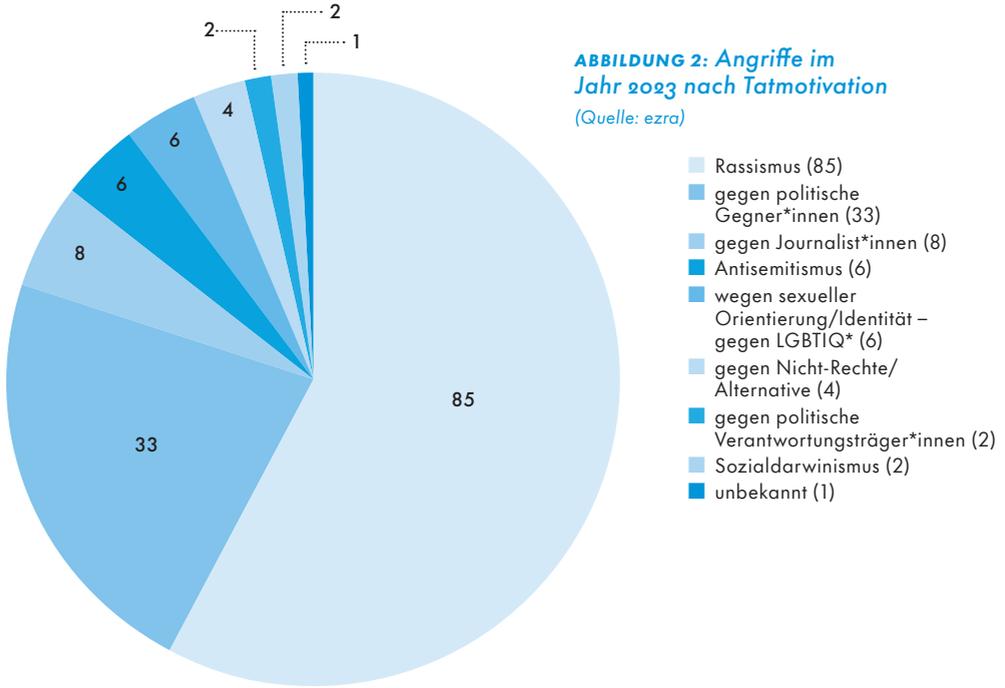


Mit Blick auf die Angriffsorte zeigt sich eine mögliche Erklärung für die Differenz im Vergleich zu 2022: Wurden 2022 noch 43 Angriffe bei und im Umfeld von Demonstrationen insbesondere auf (vermeintlich) politische Gegner*innen und Journalist*innen registriert (ezra 2023a), waren es 2023 lediglich 13 Angriffe. Das zeigt: Extrem rechte (Protest-)Mobilisierungen, die im Jahr 2023 zum Beispiel aufgrund des Wegfalls jeglicher Corona-Maßnahmen deutlich zurückgegangen sind (vgl. den Beitrag von MOBIT in diesem Band), verschaffen auch Gelegenheiten für rechte Gewalt. Zudem ist davon auszugehen, dass sich Journalist*innen oder zivilgesellschaftlich Engagierte zunehmend aus Aktivitäten zurückziehen und kaum noch aktiv Gegendemonstrationen besuchen oder organisieren bzw. kritisch berichten. Die Einschüchterungsversuche von rechts zeigen damit Wirkung.

Erschreckende Kontinuität rassistischer Gewalt

Weiterhin wird mit der Jahresstatistik für 2023 eine erschreckende Kontinuität deutlich: Rassismus bleibt mit 85 Angriffen auf dem sehr hohen Vorjahresniveau und ist weiterhin das häufigste Tatmotiv. Hinzu kommt ein Anstieg bei Angriffen auf Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete bzw. in deren Umgebung (2023: 15, 2022: 2). Nach einer Eskalation rassistischer Gewalt in den Jahren 2016/2017 verschärft sich diese seit 2021 erneut. Die Ursache muss in einer gesellschaftlichen Stimmung gesehen werden, in der sich auf Grundlage einer öffentlichen Debatte rassistische Ideologien in einzelnen Regionen stark normalisiert haben. Die extrem rechte AfD fungiert hier als Stichwortgeberin auch für Politiker*innen demokratischer Parteien. Die rassistischen Zustände in Thüringen sind jedoch nicht nur von körperlichen Angriffen geprägt, sondern auch von alltäglichen Erfahrungen in Form von Diskriminierungen, Beleidigungen oder feindseligem und abwertendem Verhalten z.B. in der Schule, in Behörden oder auf der Straße. Diese sind für die Betroffenen eine enorme Belastung.

Bezüglich der Straftatbestände zeigt sich mit 61 Fällen ein starker Anstieg bei Bedrohungen und Nötigungen (2022: 55 Fälle), die von Betroffenen ebenso traumatisierend wie körperliche Angriffe wahrgenommen werden können. Dabei geht es u.a. um aggressive Beleidigungen, das Bedrängen, Bespucken und Schubsen von Betroffenen, die zum Beispiel im Zusammenhang mit alltäglichen rassistischen Erfahrungen und/oder Ereignissen wie dem Hamas-Massaker am 7. Oktober in Israel gesehen werden müssen und dadurch zusätzlich starke Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Betroffenen haben.



Dennoch sind die Mehrheit der registrierten Angriffe mit 83 Fällen nach wie vor physische Angriffe wie einfache, gefährliche, schwere Körperverletzungen (einschließlich des Versuchs) sowie versuchte Tötungen.

Landkreis Sonneberg erstmals Hotspot rechter Gewalt

Wie in den Jahren zuvor bleibt die Landeshauptstadt Erfurt ein Schwerpunkt rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen (33 Angriffe). Nach Erfurt zeichnet sich erstmals der Landkreis Sonneberg mit 20 registrierten Angriffen als Hotspot ab, gefolgt von Weimar (17 Angriffe), Jena (13 Angriffe) und Gera (8 Angriffe).

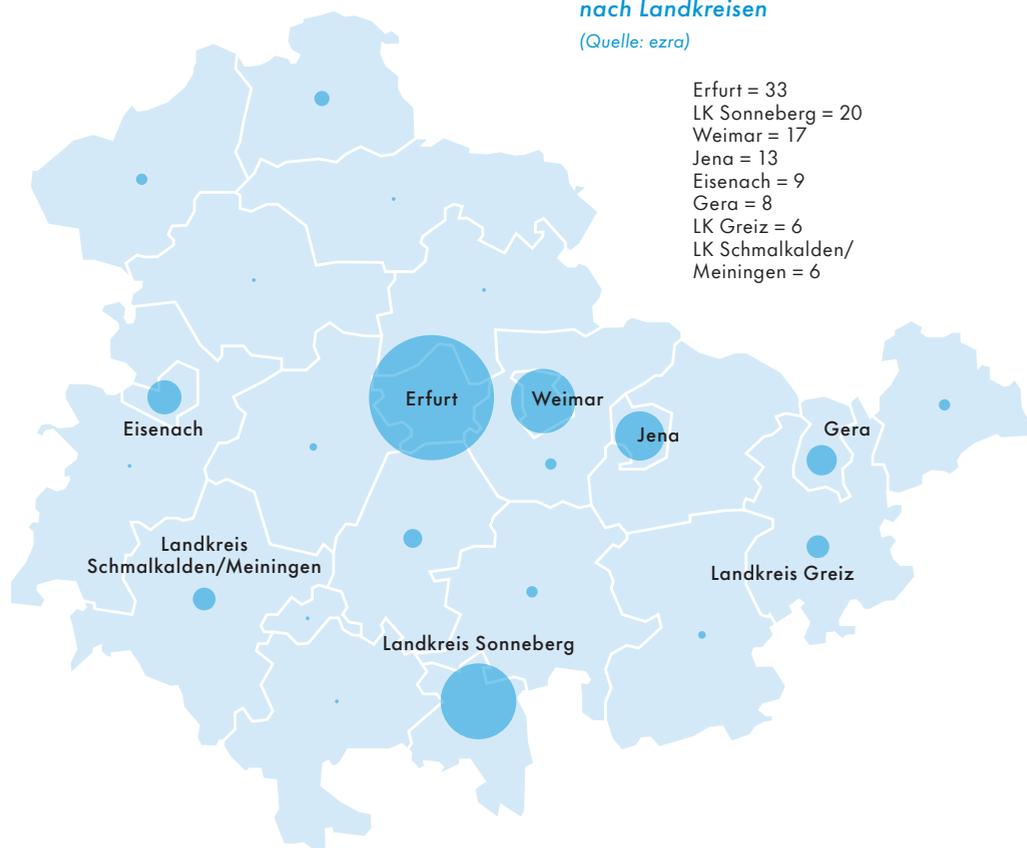
Im Landkreis Sonneberg wird mit dem massiven Anstieg sichtbar, welche Auswirkungen hohe Zustimmungswerte und Wahlerfolge der AfD haben können. Diese Analyse wird gestützt durch die repräsentative Studie von Prof.in Dr. Dancygier von der Princeton University, die erstmals die Wechselwirkungen von rassistischer Hasskriminalität und politischen Prozessen in Deutschland untersucht hat (Dancygier 2023). Ein zentrales Ergebnis der Studie: Hasskriminalität breitet sich vor allem da aus, wo Täter*innen erkennen, dass ihre Taten Unterstützung in der Bevölkerung haben. Sie spricht von sogenannten

Unterstützungsgemeinschaften. Die größte Unterstützer*innengruppe von Hasskriminalität findet sich laut der Studie bei den Wähler*innen der AfD, von denen fast die Hälfte u. a. der Aussage zustimmen, dass »Fremdenfeindlichkeit gegen Flüchtlinge manchmal gerechtfertigt sei, auch wenn sie in Gewalt umschlägt«. Im Landkreis Sonneberg haben im Juni 2023 über die Hälfte der Wähler*innen – das erste Mal in der Bundesrepublik – einen Politiker der in Thüringen als gesichert rechtsextrem geltenden Partei zum Landrat gewählt (Wiemann 2023). Deswegen ist hier von einer enormen Unterstützungsgemeinschaft für rechte Gewalttäter*innen auszugehen. Der Großteil der Fälle, die *ezra* in Sonneberg erhoben hat, wurden nach der Landratswahl im Juni registriert. Durch die Wahl haben sich Täter*innen offensichtlich legitimiert gefühlt.

Beispielfälle aus dem Landkreis machen zudem deutlich, wie organisiert die Täter zum Teil vorgegangen sind. Eine Unterkunft für Geflüchtete wurde mehrfach von einer maskierten Gruppe angegriffen, die zunächst rassistische Parolen rief und dann eine Scheibe mit

ABBILDUNG 3: Angriffe 2023 nach Landkreisen

(Quelle: ezra)



Steinen einwarf, unter der eine Person im Bett schlief. Nur durch Glück wurde diese nicht verletzt. Im Oktober versuchte eine vierköpfige vermummte Personengruppe mehrfach, eine Veranstaltung des *Kulturkollektivs Goetheschule e.V.* in Lauscha mit Steinen und Flaschen anzugreifen. Die Täter riefen dabei neonazistische Parolen und zeigten den Hitlergruß. Dass die Wahlergebnisse auch in anderen Landkreisen Täter ermutigten, zeigte ein Fall in Altenburg kurz nach der Landratswahl im Juli: Zwei Männer betraten das Wahlkreisbüro des Linke-Abgeordneten Ralf Plötner, warfen Infomaterial zu Boden, bedrohten den anwesenden Mitarbeiter und bezogen sich dabei auf eine mögliche rechte Hegemonie, die durch einen Wahlsieg der AfD in 2024 real werden könnte (*ezra* 2023b).

AfD: Mindestens zentrale Unterstützungsgemeinschaft für rechte Gewalt

Doch nicht nur Wähler*innen der AfD und die Wahlerfolge der extrem rechten Partei bieten eine Legitimationsgrundlage für rechte Gewalttaten: Auch die Partei selbst duldet auf vielen Ebenen eine Reihe von Politiker*innen, die selbst mit direkter körperlicher, verbaler bzw. psychischer Gewalt oder Beihilfe bzw. gewaltnahem Verhalten aufgefallen und zum Teil verurteilt worden sind. Dies zeigt eine Recherche von *CORRECTIV*, die auch Vorfälle auflistet, die im unabhängigen Monitoring von *ezra* erfasst wurden (Eckert et al. 2024).

So soll der mittlerweile vereidigte Sonneberger AfD-Landrat Robert Sesselmann im Juni eine Person eines Plakatierunternehmens, welcher CDU-Wahlkampfplakate aufgehängt hat, beleidigt und mit der Aussage, man werde ihm »jemanden auf den Hals hetzen«, bedroht haben. Ebenfalls im Juni wurde Mohammad Suleman Malik, Vorsitzender der Ahmadiyya Gemeinde Erfurt, durch den Landtagsabgeordneten Torsten Czuppon rassistisch beleidigt und bedroht. Der ehemalige Polizeibeamte Czuppon hatte bereits 2017 aufgrund eines Thor-Steinar-T-Shirts Hausverbot in der Gedenkstätte Buchenwald erhalten und danach seine Beamtenposition missbraucht, indem er Zeug*innen verleumdete. Bei einem AfD-Bürgerforum im Saale-Orla-Kreis kam es im November zu körperlichen Angriffen auf einen OTZ-Journalisten, der danach in allen vier Reifen seines Autos Schrauben vorfand.

Mit zwei Dutzend Beispielfällen zeigt auch eine aktualisierte Auswertung des VBRG, also des Dachverbandes der fachspezifischen Gewaltopferberatungsstellen, die besorgniserregende Gewaltbereitschaft bei

AfD-Funktionär*innen auf (VBRG e.V. 2024). Dies macht vor allem eines deutlich: Die AfD muss mindestens als zentrale Unterstützungsgemeinschaft von rechten Gewalttäter*innen benannt werden. Damit ist sie bereits jetzt eine konkrete Bedrohung für die durch das Grundgesetz garantierte Menschenwürde und somit für die Existenz aller Menschen, die von ihr als Feindbilder markiert werden.

Weitere Eskalation im Wahljahr 2024 befürchtet

In einem Ausblick auf das Jahr 2024 muss schon früh festgestellt werden, dass Angriffe auf zivilgesellschaftlich Engagierte und demokratische Politiker*innen zunehmen. Die mutmaßlich rechte Anschlagsserie aus dem Januar bzw. Februar 2024 ist dabei beispielhaft zu nennen, von der insbesondere Politiker*innen der Parteien *Die Linke*, *Bündnis 90/Die Grünen* und SPD bzw. deren Wahlkreisbüros betroffen waren (ezra 2024a). Zahlreiche demokratische Politiker*innen aus Thüringen berichten darüber hinaus von alltäglichen Beleidigungen und Bedrohungen, häufig im digitalen Raum. Diese Ereignisse reihen sich in eine Entwicklung ein, in der seit 2022 eine deutliche Zunahme von Angriffen auf Menschen wahrzunehmen ist, die als politische Gegner*innen – insbesondere im Sinne eines Feindbilds ›links‹ – markiert werden (vgl. den Beitrag von Schreiber/Schestak-Haase in diesem Band). Daraus könnte insbesondere im Rahmen der anstehenden Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen eine weitere Eskalation folgen.

Die Beratungsstelle ezra ist mit ihrem Beratungsaufkommen schon jetzt an der Kapazitätsgrenze – 2023 lag die Zahl der durch die ezra-Berater*innen erbrachten Unterstützungsleistungen auf einem historischen Höchststand. Die Zahl der Beratungsnehmenden bleibt mit 227 Personen auf einem sehr hohen Niveau. Damit die Betroffenen mit ihrer Erfahrung nicht alleine bleiben müssen und ein zeitnahes Beratungsangebot garantiert werden kann, muss die fachspezifische Gewaltopferberatungsstelle langfristig ausgebaut werden (Zobel 2024). Das gilt auch für weitere Beratungsangebote in Thüringen in den Bereichen Demokratieförderung, Antidiskriminierung und Gewalt gegen Frauen bzw. häusliche Gewalt.

LITERATUR

- Eckert, Till/Haupt, Sebastian/Schipfer, Elena (2024):** Gewalt als Alternative. Online: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/04/05/gewalt-als-alternative-14-verurteilte-afd-mandatstraeger-im-amt/> [15.04.2024].
- ezra (2023 a):** Betroffenenberatungsstelle ezra veröffentlicht Jahresstatistik 2022: Höchststand bei rechter und rassistischer Gewalt in Thüringen – Kinder und Jugendliche über 100 Mal betroffen. Online: <https://ezra.de/jahresstatistik2022/> [15.04.2024].
- ezra (2023 b):** Opferberatung ezra zu Bedrohungen in Linke-Wahlkreisbüro in Altenburg: Täter finden Legitimation in aktuellen Umfrage- und Wahlergebnissen. Online: <https://ezra.de/opferberatungsstelle-ezra-zu-bedrohungen-in-linke-wahlkreisbuero-in-altenburg-taeter-finden-legitimation-in-aktuellen-umfrage-und-wahlergebnissen/> [15.04.2024].
- ezra (2024 a):** Mutmaßlich rechte Anschlagsserie auf demokratische Politiker*innen in Thüringen: Existentielle Bedrohung für Betroffene und Demokratie. Online: <https://ezra.de/pressemitteilung-mutmasslich-rechte-anschlagsserie-auf-demokratische-politikerinnen-in-thueringen-existentielle-bedrohung-fuer-betroffene-und-demokratie/> [15.04.2024].
- ezra (2024 b):** Fachspezifische Gewaltopferberatungsstelle ezra veröffentlicht Jahresstatistik 2023: Rassistische Gewalt bleibt auf sehr hohem Vorjahresniveau – Landkreis Sonneberg erstmals Hotspot rechtsmotivierter Angriffe in Thüringen. Online: <https://ezra.de/jahresstatistik2023/> [15.04.2024].
- Dancygier, Rafaela (2023):** Hate crime supporters are found across age, gender, and income groups and are susceptible to violent political appeals. Online: <https://www.pnas.org/doi/10.1073/pnas.2212757120> [15.04.2024].
- VBRG e.V. (2024):** Analyse des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e.V.). Besorgniserregende Gewaltbereitschaft bei AfD-Funktionär*innen. Online: https://verband-brg.de/wp-content/uploads/2024/04/20240405_Analyse_AfD_Gewalt_Funktionaere.pdf [15.04.2024].
- Wiemann, Rieke (2023):** Fünf Monate AfD-Landrat in Thüringen. Rechter Nebel in Sonneberg. Online: <https://taz.de/Fuenf-Monate-AfD-Landrat-in-Thueringen/!5978732/> [15.04.2024].
- Zobel, Franz (2024):** Die Betroffenen nicht im Stich lassen. Online: <https://www.juedische-allgemeine.de/meinung/die-betroffenen-nicht-im-stich-lassen/> [18.04.2024].



DIE EXTREME RECHTE IN THÜRINGEN 2023

Team MOBIT

Die extrem rechte Szene in Thüringen ist vielfältig und äußerst aktiv. Nach den Veränderungen in den Jahren der Pandemie hat sich die Szene in den beiden vergangenen Jahren sowohl thematisch als auch strategisch neu aufgestellt. Insbesondere RechtsRock bildet dabei – wie bereits vor der Pandemie – ein zentrales Aktionsfeld der Szene.

Protestgeschehen: Rückläufige Mobilisierung

Noch zu Beginn des Jahres 2023 spielte die Mobilisierung der Pandemie-Leugner*innen-Szene in Thüringen die zentrale Rolle für die extreme Rechte. Mit dem Wegfall jeglicher Corona-Beschränkungen sind die Proteste in ihrem bis dahin bekannten Ausmaß weitgehend zerfallen. Die regelmäßig in Thüringen durchgeführten Demonstrationen bestehen bis auf lokale Ausnahmen nur noch aus wenigen Dutzend Teilnehmer*innen, die dem Kernmilieu zuzurechnen sind. Das Bild der Proteste prägt vielerorts ein deutlich erkennbarer Anteil an Personen aus der »Reichsbürger«-Szene. Viele Demonstrant*innen haben sich über die Jahre der Proteste und die dort verbreiteten Verschwörungserzählungen von der Pandemie-Leugner*innen-Szene zur »Reichsbürger«-Szene radikalisiert.

Bereits 2022 spielte vor allem der Krieg in der Ukraine eine zentrale Rolle für das themenflexible rechte Protestspektrum. Neben dem Versuch der Inszenierung als »Friedensdemonstranten« zeigte sich an vielen Stellen eine große Hinwendung und Sympathie für Russland und Wladimir Putin. An diese Inszenierung versuchte im beginnenden Jahr 2023 auch die AfD anzuknüpfen. Insgesamt konnte in der Dynamik der Proteste vor allem ein weiteres Zusammenrücken zwischen »Reichsbürger«-Szene, AfD, Pandemie-Leugner*innen-Spektrum bis hin zur Neonazi-Szene beobachtet werden. In einzelnen Schwerpunktregionen – beispielsweise Gera – gibt es faktisch keine Abgrenzung mehr zwischen den verschiedenen Spektren, deren ideo-



ABBILDUNG 4:
Siegessicher vor
der Wahl: Jörg
Prophet mit Tino
Chrupalla und
Maximilian Krahe
beim »Bürger-
fest« der AfD in
Nordhausen vor
der Stichwahl.

(Quelle: MOBIT)

logische Überschneidungen von Beginn an sichtbar waren (ausführlicher dazu: MOBIT 2021).

Die Thüringer AfD: Netzwerker im Machttaumel

Die AfD in Thüringen verzeichnet bei den Umfragen zur Landtagswahl seit Monaten Höchstwerte. Folgt man den Befragungen, könnte die AfD 2024 bei den Landtagswahlen die stärkste Kraft werden. Mitte November 2023 fand in Piffelbach im Weimarer Land erneut der Landesparteitag der AfD statt. Hier machte Björn Höcke deutlich, welche Machtambitionen die Partei verfolgt, und kündigte »einen langen Weg des Aufräumens und des Neuaufbauens« an (vgl. Kehrer 2023). In Thüringen scheint die enge Kooperation der AfD mit verschiedenen anderen extrem rechten Spektren wie der »Reichsbürger«-Szene Wähler*innen nicht mehr abzuschrecken. Die Partei selbst befindet sich auch außerhalb der Wahlkampfzeiten seit Jahren in einem Dauerwahlkampf. Wöchentlich führt sie in Thüringen Infostände und sogenannte Bürgerdialoge durch. Zumeist in den ländlichen Regionen, wo sie erfahrungsgemäß mit mehr Teilnehmer*innen und weniger Gegenprotesten rechnen muss. Besondere Aufmerksamkeit bekamen im Sommer 2023 zwei Wahlen: Zum einen die Landratswahl im Landkreis Sonneberg, zum anderen die Wahl des Oberbürgermeisters der Stadt Nordhausen. In Sonneberg konnte die AfD mit Robert Sesselmann die erste Landratswahl ihrer Geschichte für sich entscheiden. Wenige Wochen später scheiterte sie allerdings – schon siegessicher – in der Stichwahl um den Posten des Oberbürgermeisters in Nordhausen.

Gleichzeitig mit dem Umfragehoch und dem Gewinn der Landratswahl in Sonneberg (vgl. Steiner/Salheiser in diesem Band) zeigte sich bei der AfD aber eine erhebliche Mobilisierungsschwäche bei Demonstrationen. Die Teilnehmer*innen-Zahlen mehrerer Veranstaltungen im Jahr 2023 blieben deutlich hinter den Erwartungen zurück. Zuletzt Ende Oktober in Erfurt, wo die extrem rechte Partei trotz bundesweiter Mobilisierung kaum 1000 Anhänger*innen erreichen konnte. Dem traten rund 4000 Menschen bei den Gegenprotesten des »Auf die Plätze«-Bündnisses entgegen.

»Reichsbürger«

Entlang der Entwicklungen der Pandemie-Leugner*innen-Szene entwickelte sich auch die »Reichsbürger«-Szene. Über die Pandemie hatte diese erheblichen Zulauf, da die Anti-Corona-Proteste mit ihren verschwörungsideologischen Prägungen wie ein Radikalisierungsmotor für viele Menschen wirkten (ausführlicher dazu: MOBIT 2023). Mit dem Rückgang der Straßenproteste veränderte sich auch die Ausrichtung der »Reichsbürger«-Szene.

ABBILDUNG 5: In Erfurt demonstrierten im Oktober 2023 etwa 4000 Menschen gegen einen Aufmarsch der AfD. (Quelle: MOBIT)



Zum einen hat die Szene vor allem öffentliche Veranstaltungen ausgebaut, die zur Vermittlung ihrer Ideologie und zur Bindung von Menschen an die Szene dienen sollen. Dazu zählen Vorträge und Kongresse ebenso wie Tanz- und Liederabende. In Thüringen fanden 2023 sowohl verschiedene Vortragsabende und Seminare beispielsweise der selbsternannten Wahlkommissionen und des »Königreichs Deutschland« statt, welches in Gera auch eine Immobilie erworben haben soll. Mit rund 200 Teilnehmer*innen kam es auf einer Pferderanch im Eichsfeld im Juni 2023 zur wohl größten Veranstaltung der Szene. Die Szene agiert dabei deutlich weniger klandestin als noch vor wenigen Jahren und erreicht vor allem durch die Anknüpfung an die Corona-Proteste einen deutlich größeren Personenkreis. Zentrale Figuren der Szene verfügen außerdem über enge Verbindungen zur AfD und können ihre Inhalte auch auf den Bühnen der Partei verbreiten. Zum anderen ist ein Aufbau alternativer Strukturen wahrzunehmen, die vor allem darauf abzielen, Kinder aus den staatlichen Strukturen herauszuhalten. Verwaltungen berichten seit Monaten über diese Tendenzen. Mittlerweile gibt es mehrere bekannte Fälle von Kindern, die ohne Kenntnis staatlicher Stellen im Freistaat zur Welt gekommen sind (vgl. Haak 2023).

Neonazi-Szene

In den letzten Jahren hat die Neonazi-Szene in Thüringen deutlich an politischer Bedeutung verloren. Vor allem bei Wahlen und Protesten spielt sie kaum noch eine Rolle, da ihr Potenzial von der AfD aufgesogen wurde. Aktuell agieren in Thüringen vor allem zwei Neonazi-Parteien: *Der Dritte Weg* und die Anfang 2023 in *Die Heimat* umbenannte NPD. Die beiden Organisationen verfügen in Eisenach (*Die Heimat*) und Ohrdruf (*Der Dritte Weg*) jeweils über eine Parteiimmobilie. Daneben gibt es lokal bedeutsame Führungskräfte wie Patrick Weber in Sondershausen oder Thorsten Heise im Eichsfeld, die eine gewisse Präsenz der Partei *Die Heimat* regional abbilden. Vor allem Patrick Weber trat als Organisator von Montags-Protesten und bei Protesten gegen Geflüchteten-Unterkünfte in Erscheinung. Daneben fokussierten sich die Aktivitäten der beiden Parteien auf ihre regionalen Immobilien. Hier wurden neben Konzerten und Vortragsveranstaltungen auch unpolitisch inszenierte Aktionen wie Disco-Partys oder die Verteilung von Kleidung an deutsche Familien durchgeführt. Eine breite öffentliche Wirkung konnten beide Parteien aber nicht entfalten.

Das gilt ebenso für die Organisation landesweiter Demonstrationen. Hier konnte die Neonazi-Szene nur punktuell erfolgreich mobilisieren, etwa bei Anti-Asyl-Protesten in Schleusingen. So nahmen an einer Demonstration, die von Tommy Frenck angemeldet worden war, 600 Menschen teil. Darüber hinaus gab es 2023 keine eigenen größere Szene-Demonstrationen. Lediglich rund um das geschichtsrevisionistische »Heldengedenken« fanden mehrere regionale Zusammenkünfte und eine kleine Demonstration in Schleusingen statt, die ebenfalls von Tommy Frenck organisiert wurde.

RechtsRock

Nach den Jahren der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen ist die RechtsRock-Szene in Thüringen fast wieder auf dem Niveau der Jahre vor 2020 angekommen. Schon 2022 war mit 31 von MOBIT gezählten Konzerten ein deutlicher Aufwärtstrend zu verzeichnen (vgl. MOBIT 2022). Diese Entwicklung hat sich 2023 deutlich fortgesetzt. Mit 51 Konzerten hat die Neonazi-Szene fast wöchentlich eine Veranstaltung durchgeführt. Trotz der hohen Zahlen zeigen sich auch hier Veränderungen. Zum einen sind aufgrund des staatlichen Vorgehens und der Inhaftierung zentraler Figuren der *Turonen*¹ als maßgebliche Organisatoren keine Open Airs mehr durchgeführt worden. Zum anderen haben sich die Konzerte nach dem Wegfall wichtiger Szene-Immobilien, etwa in Kirchheim, auf wenige Veranstaltungsorte konzentriert: Allen voran die NPD-/Die Heimat-Geschäftsstelle in Eisenach oder die »Gedächtnisstätte« in Guthmannshausen. Die meisten Veranstaltungen waren auch 2023 erneut Liederabende. Diese wurden oft kombiniert mit sogenannten Gedenkveranstaltungen oder Vorträgen. RechtsRock-Konzerte mit einer oder mehreren RechtsRock-Bands fanden dagegen kaum statt.

Die Reorganisation der RechtsRock-Szene zeigt, welche große Bedeutung das Aktionsfeld für die Szene besitzt. Nicht nur, dass damit Einnahmen generiert werden, sondern auch der Vernetzungsgedanke und die Ideologievermittlung sind von großer Bedeutung. Beispielsweise wurde am 8. Juli 2023 ein Konzert aus den weltweit agierenden Netzwerken der kurz danach in Deutschland verbotenen *Hammerskins* in der Wartburgstadt veranstaltet. Die vor Ort getragenen Insignien der Teilnehmenden ließen sich eindeutig den bundesweiten Netzwerken der *Hammerskins* zuordnen und bilden damit deutlich

¹ Die *Turonen* sind eine militante neonazistische Gruppierung, die in den vergangenen Jahren maßgeblich in die Organisation von (Groß-)Konzerten in Thüringen involviert war. Mitglieder der Gruppen stehen wegen Delikten im Bereich der organisierten Kriminalität vor Gericht.

sichtbar die bundesweite und sogar internationale Vernetzung der Szene ab, welche sich in Thüringen trifft.

Fazit

Ähnlich wie bereits im Vorjahr zeigt sich, dass die Thüringer Neonazi-Szene außerhalb ihrer subkulturellen Aktionsfelder (allen voran RechtsRock) über keine nennenswerte Mobilisierungsfähigkeit mehr verfügt. In den vergangenen Jahren hat sich dagegen in Thüringen eine extrem rechte Bewegung rund um die AfD und ihre Netzwerke formiert, die zu einer ideologischen Radikalisierung ihrer Anhänger*innenschaft beiträgt. Davon profitiert die Thüringer AfD um ihren extrem rechten Landeschef Höcke, die sich seit Jahren im Dauerwahlkampf befindet und mit Blick auf das Superwahljahr 2024 große Hoffnungen auf weitere politische Raumgewinne im Freistaat macht.



LITERATUR

- Haak, Sebastian (2023):** Die Reichsbürger sind unter uns. Manche ihrer Kinder nicht. Online: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1178580.reichsbuergermilieu-die-reichsbuerger-sind-unter-uns-manche-ihrer-kinder-nicht.html> [13.03.2023].
- Kehrer, Andreas (2023):** Höckes 5-Punkte-Plan für den Fall, dass die AfD Thüringen regiert. Online: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/hoেকে-fuenf-punkte-plan-afd-100.html> [13.03.2024].
- MOBIT (2021):** Motor der Radikalisierung. Online: <https://mobit.org/motor-der-radikalisierung/> [13.03.2024].
- MOBIT (2022):** Extrem rechte Musikveranstaltungen in Thüringen 2022 – Zahlen steigen deutlich. Online: <https://mobit.org/rechtsrock-2022/> [13.03.2024].
- MOBIT (2023):** Die »Reichsbürger«-Szene in Thüringen – Ein Überblick. Online: <https://mobit.org/reichsbuerger-in-thuringen/> [13.03.2024].

EXPLOSION ANTISEMITISCHER VORFALLZAHLEN: DIE FOLGEN DES MASSAKERS DER HAMAS IN THÜRINGEN

Susanne Zielinski

Lange haben jüdische Communitys und zivilgesellschaftliche Akteur*innen darauf hingewiesen: Antisemitismus ist in Deutschland weit verbreitet und tritt in den letzten Jahren immer aggressiver zutage. Gleichzeitig wurde auch in Thüringen regelmäßig davor gewarnt, das Problem zu bagatellisieren, und dazu aufgerufen, gesamtgesellschaftliche, nachhaltige und konsequente Maßnahmen gegen Antisemitismus zu ergreifen. Am 7. Oktober 2023 ermordeten Hamas-Terroristen etwa 1200 Menschen in Israel, verschleppten 240 Menschen als Geiseln und feuerten tausende Raketen auf Israel ab. Seither hat sich in überdeutlicher Form gezeigt, dass die Anstrengungen der deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht ausreichend waren und der Kampf gegen Antisemitismus sein Ziel nicht erreichen konnte. Was sich in Thüringen zuvor in den kontinuierlichen Angriffen auf die Erinnerungskultur, den zahlreichen antisemitischen Schmierereien im öffentlichen Raum, den antisemitischen Äußerungen von Politiker*innen der AfD (vgl. *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Thüringen* 2023; *Amadeu Antonio Stiftung*, Nr. 11/2023) und den vielen alltäglichen antisemitischen Vorfällen, denen jüdische Menschen im Freistaat ausgesetzt sind, zeigte, ist weiter eskaliert und zuvor latenter Antisemitismus endgültig offen ausgebrochen.

Welche massiven Auswirkungen der Terrorangriff der Hamas nicht nur deutschlandweit, sondern auch in Thüringen auf die Bereitschaft zur Äußerung von Judenhasse hatte, zeigt die Vorfallstatistik der *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Thüringen* für das Jahr 2023: Die Gesamtzahl der Vorfälle ist auf 297 (2022: 243 Vorfälle) gestiegen, von denen 125 (42 %) seit dem 7. Oktober stattfanden. Allein 84 dieser antisemitischen Vorfälle (28 %) stehen in direktem Zusammenhang mit dem Terrorangriff der Hamas. Es ist allerdings

davon auszugehen, dass zahlreiche weitere Vorfälle, die nach dem 7. Oktober gemeldet wurden, ebenfalls vor diesem Hintergrund stattgefunden haben, da das Massaker und der nachfolgende Krieg in Gaza eine ideale Gelegenheitsstruktur für das Ausleben antisemitischer Ressentiments bilden. Dieses Phänomen ist allerdings kein neues. Konflikte zwischen Palästina und Israel waren auch in der Vergangenheit immer wieder Anlass für antisemitische Straftaten und Äußerungen, die unter dem Vorwand der Kritik an der israelischen Regierung begangen bzw. getätigt wurden.

In Abgrenzung zur legitimen Kritik an der israelischen Regierung liegt israelbezogener Antisemitismus dann vor, wenn dem jüdischen Staat das Existenzrecht und das Recht auf Selbstverteidigung abgesprochen wird (Delegitimierung), wenn Israel mit anderen Maßstäben gemessen wird als andere Nationalstaaten (doppelte Standards) oder die israelische Politik dämonisiert wird, etwa indem sie mit dem Nationalsozialismus verglichen wird (Dämonisierung). Auch wenn Jüdinnen*Juden weltweit für Israels Politik verantwortlich gemacht werden oder der Staat mit traditionell antisemitischen Stereotypen belegt wird, handelt es sich um Erscheinungsformen des Antisemitismus (Reinharz/Schwarz-Friesel 2013).

Eben diese Ausdrucksformen fanden sich in der Thüringer Öffentlichkeit seit dem 7. Oktober 2023 massenhaft wider. Die Zahl israelbezogen-antisemitischer Vorfälle stieg sprunghaft an. Während *RIAS Thüringen* im gesamten Jahr 2022 lediglich drei Fälle von israelbezogenem Antisemitismus gemeldet wurden, dokumentierte die Meldestelle für das Jahr 2023 103 israelbezogen-antisemitische Vorfälle, von denen sich 78 seit dem 7. Oktober ereigneten.

Trotzdem ist der nun in Thüringen sehr viel sichtbarere israelbezogene Antisemitismus kein neu hinzugekommener. So belegt etwa die Erhebungsreihe des *Thüringen-Monitors*, dass gerade die Zustimmung zu Aussagen des israelbezogenen Antisemitismus in den vergangenen Jahren (2017–2021) immer zwischen 23 und 33 Prozent lag und damit verhältnismäßig hoch war. 2022 halbierte sich dieser Wert erstmalig auf zwölf Prozent. Die Verfasser*innen des *Thüringen-Monitors* wiesen aber in ihrer Analyse bereits darauf hin, dass die sinkende Zustimmung mit der Tatsache in Verbindung stehen könnte, dass der Nahostkonflikt durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine bei vielen Befragten thematisch in den Hintergrund gerückt sei (Reiser et al 2022: 110 f.). Für das Jahr 2022 dokumentierte *RIAS Thüringen* allerdings für über 50 Prozent der von der Meldestelle registrierten antisemitischen Vorfälle einen Bezug zum Ukraine-Krieg. Hier waren die

Vorfälle meist dem Post-Shoah-Antisemitismus oder dem modernen Antisemitismus zuzurechnen. Das legt den Schluss nahe, dass der ohnehin gesellschaftlich vorhandene Judenhass je nach Gelegenheitsstruktur lediglich in unterschiedlichen Erscheinungsformen zutage tritt.

Auch die von *RIAS Thüringen* seit Oktober 2023 in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens dokumentierten, offen ausgelebten und geäußerten Spielarten von Antisemitismus mit Bezug zu Israel verdeutlichen, dass diese Erscheinungsform zumindest latent auch vor dem Terrorangriff der Hamas weit verbreitet gewesen sein muss. Sie zeigt sich seither in allen sozialen Schichten und politischen Spektren. Israelsolidarische und gegen Antisemitismus gerichtete Äußerungen erfuhren laut der von *RIAS Thüringen* dokumentierten Vorfälle sowohl im Internet als auch bei alltäglichen Situationen, z. B. einem Gespräch unter Arbeitskolleg*innen oder in Lehrveranstaltungen an Universitäten, teils extreme antisemitische Reaktionen.

Vielfach wurde Israel das Existenzrecht abgesprochen und damit delegitimiert. Dies geschah nicht nur in verbalisierter Form, sondern häufig wurde die Darstellung des geografischen Umrisses des Staates Israel – gefüllt mit den Farben der palästinensischen Flagge oder dem Wort »Palästina« – auf Stickern, Graffiti und Plakaten verbreitet.

Israel wurde darüber hinaus kontinuierlich als Apartheidstaat dämonisiert. Das Bild des Kindermörders (einem von der mittelalterlichen Ritualmordlegende abgeleiteten klassischen antisemitischen Stereotyp) wurde massenhaft reproduziert. So wurden beispielsweise in akademischen Kontexten Plakate mit Fotos von vermeintlich palästinensischen Kindern verbreitet, die mit dem Satz »Murdered by Israel« betitelt waren.

Außerdem wurden bei Demonstrationen, öffentlichen Veranstaltungen und im Internet Verschwörungstheorien aufgegriffen, nach denen Israel das Massaker entweder selbst initiiert habe oder der Terrorangriff in den Zusammenhang mit einem von ungenannten Eliten (ebenfalls ein antisemitisches Stereotyp) angestrebten Dritten Weltkrieg gebracht wird. Oftmals werden die militärischen Handlungen Israels mit der Shoah und Jüdinnen*Juden bzw. der jüdische Staat mit den Nationalsozialist*innen verglichen.

Wiederholt wurden gehisste Israelfahnen gestohlen. Bei ausnahmslos allen *RIAS Thüringen* bekannten israelsolidarischen und pro-palästinensischen Demonstrationen in Thüringen kam es zu antisemitischen Äußerungen.

Jüdinnen*Juden in Thüringen waren und sind in dieser Situation in vielerlei Hinsicht massiv belastet. Einerseits stehen viele jüdische Menschen in Kontakt mit Verwandten oder Freunden in Israel, die von dem Terrorangriff unmittelbar betroffen sind. Andererseits sehen sie sich seither einer Flut von antisemitischen Äußerungen und Handlungen gegenüber, die sich in den schlimmsten Fällen direkt gegen jüdische Einrichtungen oder Personen richten. So wurde im November 2023 die Neue Synagoge in Erfurt mit dem Schriftzug »Vive Palestine – Fuck Israel« beschmiert, und zwei Männer zündeten vor dem Eingang der Synagoge Zettel an, auf denen Solidarität mit Israel bekundet wurde. Bei verschiedenen Veranstaltungen wurden außerdem jüdische Personen, die von ihren Erfahrungen mit Antisemitismus bzw. von den Massakern der Hamas berichteten, mit pro-palästinensischen Parolen niedergeschrien.

Dass sich gerade der israelbezogene Antisemitismus seit der zweiten Oktoberhälfte in Thüringen generell übermäßig stark im öffentlichen Raum zeigt, erhöht die Belastung für jüdische Menschen zusätzlich. Seit November 2023 kam es von pro-palästinensischer Seite zu einer starken Raumnahme durch stetige Verbreitung von antisemitischen Stickern an Laternen, Straßenschildern und Gebäuden, Plakatkampagnen und Schmierereien im akademischen Kontext sowie Graffitis in öffentlichen Parks und auf der Straße. Auch die Plakate mit Bildern der entführten jüdischen Geiseln wurden regelmäßig beschädigt, abgerissen und in einem besonders schwerwiegenden Fall mit »alle Juden lügen« überschmiert.

In dieser angespannten Lage ist der Alltag von Jüdinnen*Juden von großer Unsicherheit geprägt. Viele achten verstärkt darauf, nicht als solche erkannt zu werden. Gleichzeitig erwägen viele jüdische Menschen, Deutschland für immer zu verlassen.

Gerade jetzt muss die konsequente Zurückdrängung und Bekämpfung von Antisemitismus in all seinen Facetten oberste gesellschaftliche Priorität haben. Dazu muss die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft die jüdische Perspektive priorisieren. Und sie muss sich der Tatsache stellen, dass Juden Hass nicht nur im rechten Spektrum, sondern auch in der politischen Mitte, in migrantischen Milieus und in linken Gruppierungen weit verbreitet ist. Antisemitische Denkmuster sind in der Thüringer Bevölkerung tief verwurzelt und seit dem Herbst 2023 in ihrem Ausmaß und ihrer Verbreitung offen sichtbar geworden. Wer weiterhin in einer friedlichen, demokratischen Gesellschaft leben möchte, darf diesen Zustand nicht hinnehmen.

Jede*r sollte sich nun solidarisch mit jüdischen Menschen zeigen, antisemitischen Äußerungen jeder Art vehement widersprechen und antisemitische Vorfälle melden.



LITERATUR

Amadeu Antonio Stiftung (2023): Zivilgesellschaftliches Lagebild Antisemitismus, Nr. 11. Online: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2023/05/230508_wigwam_aas_lagebild_2023-11-vo6.pdf [22.04.2024].

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Thüringen (2023): Antisemitische Vorfälle in Thüringen 2022. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/RIAS_Thuringen/Antisemitische_Vorfaelle_in_Thuringen_2022.pdf [22.04.2024].

Reiser, Marion/Küppers, Anne/Brandy, Volker/Hebenstreit, Jörg/Vogel, Lars (2023): Politische Kultur in Stadt und Land. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2022. Online: <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/publikationen/thuringen-monitor/tm2022-lang-bf.pdf> [22.04.2024].

Reinharz, Jehuda/Schwarz-Friesel, Monika (2013): Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. De Gruyter: Berlin.

#NORDHAUSENZUSAMMEN: WELLENBRECHER IN NORTHÜRINGEN

Sylvia Spehr

»A Small German City«

Der erste Artikel über das Bündnis *#nordhausenzusammen* stammt vom 24. September 2023 aus der *New York Times*: »A Small German City Staves Off a Threat From the Far Right!« (frei übersetzt: »Eine kleine deutsche Stadt wehrt die rechte Bedrohung ab!«). Was war in Nordhausen geschehen, dass sogar die *NYT* darauf aufmerksam wurde und darüber berichtete?

Es ist September 2023, ziemlich heiß, vor allem aber politisch extrem aufgeladen: Zur Bürgermeister*innen-Wahl am 10. September 2023 treten fünf Männer und eine Frau an. Das Ergebnis der Stimmenauszählung ist ein Schock für alle demokratischen Kräfte in der Stadt: Mehr als 42 Prozent entfielen auf den Kandidaten der faschistischen AfD; Platz 2 – und damit in der Stichwahl – belegte der amtierende Oberbürgermeister Kai Buchmann (parteilos) mit einem Abstand von mehr als 18 Prozent.

Schockmoment setzt Kräfte frei

Dieses Wahlergebnis wurde von sehr vielen Menschen in und um Nordhausen sofort als Aufforderung zum Handeln erkannt: Noch am Abend des 10. September 2023 fanden sich erste Engagierte in rasch eingerichteten Messenger-Gruppen zusammen. Bis zum Tag der Stichwahl wuchsen die Gruppen auf teilweise über 100 Mitglieder. Rasch wurde zum Konsens: Wir überlassen unsere Stadt nicht den falschen Propheten! Die Form des Engagements war vom ersten Moment an sehr vielfältig: Eine Gruppe organisierte die Öffentlichkeitsarbeit, eine weitere nutzte Kontakte zu Künstler*innen, prominenten Personen aus Nordhausen oder verfasste die »Nordhäuser Erklärung«.

Unterstützung erhielt das Bündnis aus zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen: Wissenschaft, Kirche, Gewerkschaften und zahlreichen Vereinen. Es war allen klar: Die nächsten 14 Tage bis zur Stichwahl werden Kraft fordern.

Die »Nordhäuser Erklärung« – ein Appell an Nordhausen

.....
»Wir Unterzeichnenden – engagierte Mitmenschen, Unternehmen, Kulturinstitutionen, soziale Einrichtungen in Stadt und Region, ebenso uns verbundene Privatpersonen von nah und fern – möchten aufrufen zur Solidarität mit unserer Verfassung und Demokratie. Sie sind es, die uns mit Stolz erfüllen. Wir bitten deshalb aus voller humanistischer Überzeugung: Schützen wir die Demokratie in Nordhausen und darüber hinaus. Zusammen.«

PRÄAMBEL DES OFFENEN BRIEFES »NORDHÄUSER ERKLÄRUNG«

.....

Zu den Erstunterzeichnenden gehörten Vertreter*innen aus der Wirtschaft, Wissenschaft, aus großen Verbänden, der Kirche, aus Kunst und Kultur. Alle samt Personen, die in Nordhausen vielen Menschen bekannt sind. Die »Nordhäuser Erklärung« formuliert die Errungenschaften der Stadt, die historische Verantwortung angesichts der Menschheitsverbrechen, die im nahe gelegenen KZ Mittelbau-Dora stattfanden, und die Sorge darüber, dass die Stadt Nordhausen ihr demokratisches Fundament verlieren könnte.

Überragende Resonanz

In kurzer Zeit ging die Zahl der Unterstützenden der »Nordhäuser Erklärung« in die Tausende (aktuell 4.474 Unterzeichnende). Angefragte Künstler*innen, prominente Personen und Mitglieder des Bündnisses unterstützten mit Video-Statements den Social-Media-Account. Geplante Veranstaltungen auf dem Rathausplatz konnten auf eine Vielzahl Mitwirkender zurückgreifen. Die gemeinsame Aufgabe bestand darin, innerhalb von nur 14 Tagen die Stimmung zu drehen: Der beängstigende Vorsprung des AfD-Kandidaten von 18 Prozent musste unbedingt eingeholt werden.

Dass jede einzelne Stimme zählt, hatte die Wahl des Bürgermeisters in Raghun-Jeßnitz (Sachsen-Anhalt) gezeigt. Lediglich 107 Kreuze mehr sorgten dafür, dass hier die AfD am 2. Juli 2023 ins Rathaus

einzog. Nur eine Woche vorher wurde in Sonneberg erstmals nach 1945 ein Mitglied einer faschistischen Partei in ein kommunales Amt gewählt; der Landkreis Sonneberg hat für die nächsten Jahre einen AfD-Landrat.

#nordhausenzusammen hatte das Ziel, diese blaue Welle zu stoppen. Dafür arbeiteten viele Menschen Tag und Nacht. Die kurze Zeit bis zur Stichwahl um das Oberbürgermeister-Amt war für alle engagierten Menschen eine Zeit des Anpackens, Organisierens und Netzwerkens. Längst Weggezogene kontaktierten ihre Verwandten, unbedingt zur Wahl zu gehen; Straßenfeste und Gegendemos wurden organisiert, Presseanfragen beantwortet ...

Wir sind die Vielen: Protest auf den Plätzen

Die Anhänger*innen der faschistischen Partei hingegen wähten sich nach dem 10. September 2023 siegessicher. Sie organisierten auf dem Nordhäuser Rathausplatz eine Veranstaltung mit Bänken, Bier und Bühne. Doch direkt gegenüber – in Sichtweite – versammelte sich eine bunte Menge. Redebeiträge, z.B. von Prof. Dr. Jens-Christian Wagner von der *Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora*, Stephanie Tiepelmann-Halm vom *schrackenlos e.V.*, und Menschen aus der LGBTIQ*-Community informierten über die Gefahren, denen die Demokratie ausgesetzt ist. Musik und Seifenblasen, Regenbogen und Protestschilder, Autohupen und Parolen – die Menschen auf dieser Seite der Straße machten deutlich, dass sie Nordhausen nicht verloren geben. Die Vielen sind diejenigen, die für ein freiheitlich demokratisches Land eintreten! Zusammen sind wir nicht zu bezwingen, das machten die Proteste deutlich. Unsere Vielfalt ist so liebens- und lebenswert, es lohnt sich, für den Erhalt einzustehen – das machten auch die Bürger*innen-Feste klar, zu denen bis zu 1000 Menschen strömten.

Das macht uns stark

Der 24. September ist da: Ein sonniger Spätsommertag, die Stadt strahlt und präsentiert sich von ihrer lebenswerten Seite. Die Straßen sind am Wahltag von Medien-Teams bevölkert – regional, deutschlandweit und sogar international wird aus Nordhausen berichtet. Im Ratssaal ist die Spannung um 18 Uhr mit Händen zu greifen: Kai Buchmann, der amtierende Oberbürgermeister verfolgt, umringt von Tonangeln, Aufnahmegegeräten und Kameralinsen, die Auszählung der einzelnen

Wahllokale. Viele Menschen sind gekommen, um den Polit-Krimi auf großer Leinwand live zu verfolgen. Ergebnisse aus einzelnen Wahllokalen werden präsentiert. Zunächst scheint es, dass sein Herausforderer von der AfD sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen liefern würde. Erst die Meldungen der Briefwahlstimmen zeigen: Der Vorsprung für den demokratischen Kandidaten ist da! Es ist geschafft: Etwa 55 Prozent der Wählenden haben ihr Kreuz beim OB gemacht.

#NORDHAUSENZUSAMMEN: WELLENBRECHER IN NORDTHÜRINGEN



ABBILDUNG 6: Protest in Nordhausen, aus dem der berühmte Nordhäuser Doppelkorn stammt.

(Quelle: Sylvia Spehr)

#nordhausenzusammen zeigt Deutschland und der Welt, dass es möglich ist: Die »blaue Welle« kann gestoppt werden. Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sind stark. Ein Zusammenleben ohne Angst und Ausgrenzung ist machbar. Die Bilder, die an diesem Abend aus Nordhausen in die Welt hinausgesandt wurden, zeigten Menschen, die vor lauter Glück und Stolz auf das Erreichte ihre Erschöpfung gut verstecken konnten.

So kann's weitergehen

2024 – für Thüringen ein politisch sehr herausforderndes Jahr: Mit Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen ist es für den Freistaat ein sogenanntes »Superwahljahr«. Allen, die bei *#nordhausenzusammen* dabei waren, ist bewusst: Das Engagement geht weiter. Die Messenger-Gruppen bleiben noch ein paar Wochen bestehen, bevor sich allmählich neue, kleinere Netzwerke entwickeln und sich eine Struktur bildet, die das Bündnis ins neue Jahr trägt. Einige Aktive schalten sich in den Beobachtenden-Modus, andere ziehen sich erst einmal zurück und wieder andere werden vom Schwung des 24. September in immer neue Bündnisse und Engagements getragen. Sie unterstützen z.B. die vom Weihnachtshochwasser Betroffenen in Windehausen oder die Gründung von *#bleicherodezusammen*.

Das gesamte Bündnis konsolidiert sich; es ist Zeit dafür, Pläne zu diskutieren, Machbares von Unmachbarem zu trennen, Aufgaben zu verteilen. In Plenumssitzungen, Orga-Gruppen oder Vorbereitungstreffen finden sich die Menschen immer wieder zusammen und bereiten die nächsten Aktionen vor: Kampagnen, Einwerben von Spendengeldern, T-Shirt-Druck etc. Es gibt noch viele Ideen, die der demokratischen Bewegung viel Schwung geben werden.

Und *#nordhausenzusammen* ist auf einmal Blaupause für ähnlich engagierte Bündnisse, gefragter Programmpunkt für Veranstaltungen im demokratischen Spektrum und bleibt medial lange Zeit ein Thema.

Das Bündnis heute

Es gibt einen engagierten Sprecher*innen-Kreis, die Strukturen sind gefestigt und noch immer beteiligen sich viele Menschen bei *#nordhausenzusammen*. Eine Demo als Zeichen des Protestes gegen die Pläne von »Remigration«, die vom Recherche-Team *CORRECTIV* auf-

ABBILDUNG 7:
Etwa 3 000
Menschen folgen
dem Aufruf von
#nordhausen-
zusammen am
28. Januar 2024
auf die Straßen
der Stadt.

(Quelle: Sylvia Spehr)



#NORDHAUSENZUSAMMEN: WELLENBRECHER IN NORDTHÜRINGEN

gedeckt wurden, brachte etwa 3000 Menschen auf die Straßen der Rolandstadt. Stiller Protest begleitete einen »Bürgerdialog«, zu dem Höcke & Co. nach Nordhausen eingeladen hatten; ein Video, das die wichtigsten Artikel des Grundgesetzes präsentiert, geht online; der Instagram-Account versorgt mittlerweile 2200 Follower*innen regelmäßig mit Infos aus Nordhausen.

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses der *Thüringer Zustände 2023* werden Aktionen im Rahmen der Kommunalwahlen im Mai 2024 vorbereitet. Viele Engagierte treffen sich regelmäßig, die Messenger-Kanäle laufen noch immer heiß.

#nordhausenzusammen ist ein überparteiliches Bündnis aus sozialen Vereinen, dem StuRa der Hochschule, Vertreter*innen aus Kirche, Wirtschaft und Gesellschaft, Künstler*innen, engagierten Stadtratsmitgliedern, proaktiven Privatpersonen und der *Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora*. Das Bündnis ist weiterhin engagiert für Vielfalt, Weltoffenheit und Solidarität in Nordhausen, Thüringen und darüber hinaus.



MEHR INFORMATIONEN unter
www.nordhausenzusammen.de
oder in den sozialen Netzwerken

STADT, LAND, AfD: ANTIDEMOKRAT*INNEN AUF DEM VORMARSCH?

Felix Steiner und Axel Salheiser

Sonneberg und Nordhausen: Zwei Orte wurden im Sommer 2023 zu Symbolen der erstarkenden AfD und der Frage, ob und wie man diesen Aufstieg stoppen kann. Im Januar 2024 folgte die Landratswahl im Saale-Orla-Kreis und eröffnete mit ihrem ambivalenten Ausgang das Jahr der Kommunal- und Landtagswahlen. Die Ausgangslagen bei den drei Wahlen sind komplex und die Erklärungsansätze für die hohen AfD-Wahlergebnisse verharren zu oft in monokausalen Begründungen.

Am Abend des 25. Juni 2023 war es Gewissheit: Im Landkreis Sonneberg hatten sich in der Stichwahl um das Amt des Landrates rund 53 Prozent der Wähler*innen entschieden, den AfD-Politiker und Juristen Robert Sesselmann zum Landrat zu wählen. Die Wahlbeteiligung lag dabei mit 59 Prozent nochmals rund zehn Prozentpunkte über der im ersten Wahlgang. Der CDU-Kandidat Jürgen Köpper hatte im ersten Wahlgang nur rund 36 Prozent geholt. Trotz der größeren Zugewinne in der Stichwahl konnte Köppers den Vorsprung von Sesselmann nicht einholen.

Drei Monate später, am 24. September, sah die Sache anders aus. In der Stichwahl um den Posten des Oberbürgermeisters der Stadt Nordhausen schien die Ausgangslage sogar noch günstiger für den AfD-Kandidaten Jörg Prophet. Prophet hatte im ersten Wahlgang mit knapp 42 Prozent rund 20 Prozentpunkte Vorsprung auf den parteilosen Amtsinhaber Kai Buchmann. Doch die Stichwahl konnte Buchmann mit rund zehn Prozentpunkten Vorsprung für sich entscheiden. Die Wahlbeteiligung war vom ersten Wahlgang um drei Prozentpunkte auf 59,4 Prozent gestiegen. Damit lag sie ähnlich hoch wie in Sonneberg, stieg aber deutlich weniger als bei der dortigen Stichwahl. Prophet konnte nur rund 1000 zusätzliche Stimmen gewinnen, wobei sein Gegenkandidat einen Zugewinn von rund 6000 Stimmen zu

verzeichnen hatte. Die gestiegene Wahlbeteiligung in Nordhausen zeigt: Offenbar wurden vor allem Menschen mobilisiert, die einen AfD-Oberbürgermeister verhindern wollten. Gleichzeitig konnte die AfD – möglicherweise aufgrund des sicher geglaubten Sieges – keine ähnliche Mobilisierung wie der Amtsinhaber erreichen.

Ähnlich gestaltete sich die Situation im Saale-Orla-Kreis. Am 28. Januar 2024 fand dort die Stichwahl zur Landratswahl statt. Bereits im ersten Wahlgang 14 Tage zuvor hatte sich abgezeichnet, dass es ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen AfD-Kandidat Uwe Thrum und CDU-Kandidat Christian Herrgott werden würde. Auf Gemeindeebene war die Wahlkarte blau eingefärbt; nur in zwölf Gemeinden lag Herrgott vorn. Sogar in den Städten belegte Thrum zunächst den ersten Platz, darunter Pößneck, Neustadt an der Orla, Triptis und Bad Lobenstein. Am Ende gewann der Kandidat der CDU die Wahl. Den absoluten Stimmen nach zu urteilen, scheinen die meisten der Wähler*innen, die vorher die Kandidat*innen von SPD und *Linke* gewählt hatten, sich in der Stichwahl für Herrgott entschieden zu haben, um Thrum als Landrat zu verhindern. Doch das Ergebnis war bedenklich knapp: Mit 52,4 Prozent konnte sich der CDU-Kandidat zwar gegen den AfD-Kandidaten (47,6 %) durchsetzen, Thrum hatte aber in der Stichwahl sogar noch an absoluten Stimmen hinzugewonnen (vgl. IDZ 2024). Doch worin unterscheiden sich Nordhausen und Sonneberg? Und wie ist die Landratswahl im Saale-Orla-Kreis einzuordnen?

Gemeinsamkeiten und Unterschiede: Blick auf drei Wahlen

Blickt man auf die drei Wahlen, so gibt es zahlreiche Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Dies gilt sowohl für die bundespolitischen Rahmenbedingungen als auch für die lokalen Ausprägungen. Die bundespolitischen Themen setzen seit Jahren den Rahmen für den Aufstieg der AfD. Nicht ohne Grund dürften große Teile des Landratswahlkampfes in Sonneberg von der AfD zu bundespolitischen Themen (Migration, Asyl, geplantes »Heizungsgesetz« der Bundesregierung) geführt worden sein, über die der Landrat allerdings keine Entscheidungsmacht hat.

Zum einen sind da zunächst einige Gemeinsamkeiten: Alle drei Wahlen waren Personenwahlen. Und die Ausgangslage war bei allen Wahlen günstig für die AfD: In Sonneberg war der Landrat erkrankt und seit rund zwei Jahren nicht mehr im Dienst. In Nordhausen lief gegen den amtierenden Oberbürgermeister ein Amtsenthebungsverfahren, und dieser lag seit einiger Zeit in erheblichem Streit mit dem SPD-

Landrat. Und im Saale-Orla-Kreis war die AfD sehr präsent, und der Amtsinhaber der CDU trat nicht erneut zur Wahl an. Gleichzeitig ist der auffälligste Unterschied: In Sonneberg und im Saale-Orla-Kreis wurde in zwei ländlichen Regionen gewählt und in Nordhausen in einer Stadt, die deutlich andere Strukturen aufweist. Nordhausen verfügt beispielsweise über eine Hochschule mit rund 2000 Studierenden und mehreren Hundert Mitarbeiter*innen. Die Stadt verfügt außerdem über ein Theater und nicht zuletzt über die KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, welche mit rund 60 000 Besucher*innen im Jahr eine der größten lokalen Kultureinrichtungen ist. Dies war auch für den Wahlkampf zentral, da sich mit Prof. Jens-Christian Wagner, dem Stiftungsdirektor der KZ-Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, und dem Präsidium der Hochschule zwei wichtige gesellschaftspolitische Institutionen mit deutlichen Statements vor bzw. während der Wahl positionierten. Wagner war außerdem von 2001 bis 2014 Leiter der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, ist also vor Ort kein Unbekannter. »Für Mittelbau-Dora und die gesamte Stadt Nordhausen wäre das meines Erachtens eine Katastrophe«, sagte der Historiker dem MDR zur möglichen Wahl eines AfD-Oberbürgermeisters (MDR 2023). Eine Zusammenarbeit mit Prophet schloss er außerdem kategorisch aus. Die Hochschule agierte etwas vorsichtiger, verwies mit Bezug zur gesamtgesellschaftlichen Situation auf Rassismus gegen ausländische Studierende und bekundete ihre Sorge um diese. Der Bezug zur laufenden Wahl und die Sorge um Nordhausen als weltoffenen Standort für ausländische Wissenschaftler*innen und Studierende war dennoch deutlich erkennbar. Sowohl in Nordhausen als auch im Saale-Orla-Kreis kam hinzu, dass es hier zivilgesellschaftliche Bündnisse gab, die zur Wahl demokratischer Akteur*innen aufriefen. In Nordhausen wurde das Bündnis *#nordhausenzusammen* in der Phase der Stichwahl gegründet.

Im Saale-Orla-Kreis formierte sich die Gruppe »Dorfliebe für alle« bereits Ende 2023. Ein Offener Brief konnte rund 1600 Unterstützer*innen vorweisen. Die Aktivitäten des Bündnisses blieben auch in der extrem rechten Szene nicht unbemerkt: Eine Demonstration des Bündnisses am 6. Januar 2024 in Schleiz wurde massiv von Querdenker*innen, »Reichsbürgern«, Neonazis und anderen AfD-Sympathisant*innen gestört (Cislak 2024). Doch der Ausgang der Stichwahlen zeigte sowohl in Nordhausen als auch im Saale-Orla-Kreis, dass das starke zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus seine Wirkung nicht verfehlte. In Nordhausen kam außerdem hinzu, dass Prophet im Wahlkampf an einem Treffen mit Neonazis und »Reichsbürgern« (Müller 2023) teilgenommen hatte und ein geschichtsrevisionistischer Text von ihm aus dem Jahr 2021 erneut öffentlich

diskutiert wurde. Ähnliche Berichte über Robert Sesselmann gab es nicht.

Thrums Kontakte in die rechtsextreme und verschwörungsideologische Szene im Saale-Orla-Kreis waren bekannt. Höcke hatte ihn im Wahlkampf zuletzt mit einer Veranstaltung unterstützt, bei der in der üblichen Weise Deutschlands Untergang prophezeit und der »patriotische« Kampf gegen Migration, Klimaschutzpolitik und die Akzeptanz von Vielfalt beschworen wurde.

Gleichzeitig wurden im Januar 2024 die Recherchen der Plattform *CORRECTIV* veröffentlicht, welche über ein Treffen zwischen AfD-Politiker*innen, Neonazis und Vertreter*innen der *Identitären Bewegung* aufklärten, auf dem Deportationspläne für hunderttausende Menschen in Deutschland besprochen wurden (*CORRECTIV* 2024). Dies führte bundesweit zu Berichterstattung und Massenprotesten und stellte damit auch den bundespolitischen Rahmen für die Wahl im Saale-Orla-Kreis.

Die hohen Zustimmungswerte der drei AfD-Kandidaten zeigen: Die Mitgliedschaft in der extrem rechten AfD in Thüringen schreckt einen großen Teil der Wähler*innen nicht ab, anders als dies in den Jahren zuvor noch bei der Wahlteilnahme der NPD war. Schon die Ergebnisse der Landtagswahl 2019 in Sonneberg zeigten eine überdurchschnittliche Zustimmung für die AfD. So erreichte die AfD hier mit 27,3 Prozent rund vier Prozentpunkte mehr als im Landesschnitt. Ähnlich auch im Saale-Orla-Kreis. In Nordhausen hingegen konnte die AfD bei den Zweitstimmen nur knapp 22 Prozent erreichen, lag also unter dem Landesschnitt. Im *SPIEGEL* hatte der Jenaer Soziologe Klaus Dörre unter anderem darauf verwiesen, dass in keinem anderen Landkreis in Thüringen so viele Menschen Mindestlohn beziehen würden wie in Sonneberg (*DER SPIEGEL* 2023). Dörres Argument verweist erneut auf die bundespolitischen Rahmenbedingungen sowie auf die schwierigen sozioökonomischen und soziodemografischen Bedingungen in peripheren ländlichen Regionen. Allerdings ist der »Topografie des Rechtsextremismus« des *KomRex* zu entnehmen: Sonneberg zählt zu den Thüringer Landkreisen mit den höchsten gemessenen Anteilen von Personen mit fremdenfeindlichen und nationalistischen Einstellungen (Koch et al. 2022: 9). Der Anteilswert lag zuletzt bei ca. 48 Prozent. Der gleiche Wert wurde auch für den Saale-Orla-Kreis dokumentiert.

Saale-Orla-Kreis: Ein Pyrrhus-Sieg für progressive Demokrat*innen?

Noch am Abend der Stichwahl im Saale-Orla-Kreis deutete die Thüringer CDU das Ergebnis als Beleg, dass nur sie der AfD in Thüringen Einhalt gebieten könne. Sie sah Herrgotts Wahlkampfstrategie bestärkt, bei der für einen härteren Kurs gegenüber Asylbewerber*innen und gegen den Ausbau erneuerbarer Energien geworben worden war. Rasch schien vergessen, dass Herrgotts Sieg nur durch die strategische Unterstützung vieler Wähler*innen möglich gewesen war, die einen solchen politischen Kurs nicht unterstützen, gegen ihre eigene Überzeugung stimmten und damit den im Ernstfall notwendigen demokratischen Zusammenhalt gegen Rechtsaußen praktizierten. Dieser Konflikt wurde nicht nur innerhalb der zivilgesellschaftlichen Gruppen diskutiert, sondern auf den Social-Media-Plattformen gezielt durch rechte Trollaccounts genutzt, um das demokratische Engagement im Vorfeld der Wahl zu delegitimieren.

Ja, ein weiterer AfD-Landrat in Thüringen ist verhindert worden, gerade in einem Landkreis, in dem die Partei aufgrund zurückliegender Wahlergebnisse – ähnlich wie in Sonneberg – davon ausgehen konnte, relativ leichtes Spiel zu haben. Einmal mehr wird deutlich: Das vor Selbstbewusstsein strotzende »Nur noch AfD!« stößt auf wirksamen Widerspruch und Widerstand – auch im ländlichen Raum. Trotzdem muss der ambivalente Ausgang der Wahl im Saale-Orla-Kreis als besorgniserregendes Zeichen für die kommenden Kommunal- und Landtagswahlen und für die Entwicklung der demokratischen Kultur in Thüringen gelten.



LITERATUR

Cislak, Marcus (2024): Bilder von der »Dorfliebe für alle« Demonstration im Saale-Orla-Kreis. Online: <https://www.otz.de/regionen/poessneck/article241361930/Bilder-von-der-Dorfliebe-fuer-alle-Demonstration-im-Saale-Orla-Kreis.html> [18.03.2024].

Correctiv (2024): Neue Rechte: Geheimplan gegen Deutschland. Online: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> [24.04.2024].

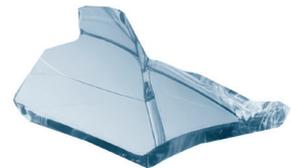
IDZ (2024): Kein blauer Start ins Thüringer Wahljahr. Analyse zur Landratswahl 2024 im Saale-Orla-Kreis. IDZ-Kurzanalyse #5. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Kurzanalyse_SOK_Wahl_2024.pdf [18.03.2024].

Koch, Matthias/Miehlke, Marius/Beelmann, Andreas (2022): Topografie 2021/2022: Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation und Analysen. Forschungsbericht – Förderperiode 2021/2022. Online: <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/topografie-neu/topografie-2021-2022.pdf> [18.03.2024].

MDR (2023): Vor der Stichwahl: »AfD-Oberbürgermeister in Nordhausen wäre »für Mittelbau-Dora eine Katastrophe««. Online: <https://www.mdr.de/nachrichten/thuringen/nord-thuringen/nordhausen/wahl-prophet-mittelbau-dora-theater-100~amp.html> [18.03.2024].

Müller, Kristin (2023): Wie der Nordhäuser OB-Kandidat Jörg Prophet (AfD) zur extrem Rechten steht. Online: <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/nordhausen/article239224717/Wie-der-Nordhaeuser-OB-Kandidat-Joerg-Prophet-AfD-zur-extrem-Rechten-steht.html> [18.03.2024].

Der Spiegel (2023): Soziologe über AfD-Erfolge im Osten: »Hier fühlen sich viele gleich dreifach abgewertet: als Arbeiter, als Ossi, als Mann«. Online: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/afd-erfolge-im-osten-hier-fuehlen-sich-viele-gleich-dreifach-abgewertet-als-arbeiter-als-ossi-als-mann-a-151a1bb3-f382-4046-8bc1-47f8494fad85> [18.03.2024].



REGIONALE VERBITTERUNG UND RECHTSPOPULISMUS: AUSWIRKUNG AUF UNTERNEHMENS PRAKTIKEN, -NETZWERKE UND -WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Matthias Hannemann

In den ländlichen Regionen Ostthüringens gibt es vielerorts starke Zustimmung zu rechtspopulistischen und fremdenfeindlichen Thesen und massive Proteste gegen Politiker*innen und andere sogenannte Eliten. Wir haben untersucht, wie damit verbundene Emotionen entstehen und wie sie sich auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region auswirken.

Einen Grund für das Erstarren rechtspopulistischer Tendenzen sieht die Wissenschaft in der Unzufriedenheit der Bevölkerung – Emotionen spielen also eine Rolle. Diese werden auch in Debatten zur nachteiligen Entwicklung von Regionen häufig als prägend genannt, sind aber in diesem Kontext bisher nicht systematisch untersucht worden. Wir glauben aber, dass dies nötig ist, da Studien zeigen, dass regionale Unzufriedenheit nicht nur von messbaren Faktoren abhängt: Auch Regionen, denen es objektiv vergleichsweise gut geht, können ein hohes Maß an Unzufriedenheit aufweisen. Um mehr darüber zu erfahren, widmen wir uns in einer Fallstudie den Emotionen in Ostthüringen (Hannemann et al. 2023) und ihren Folgen für regionale Unternehmen und die Wettbewerbsfähigkeit (Henn/Hannemann 2023).

Angelehnt an das psychologische Konzept der *Posttraumatischen Verbitterungsstörung* (PTED) haben wir ein Modell entwickelt, das es ermöglicht, die Entstehung von Verbitterung als Ausdruck regionaler kollektiver Unzufriedenheit zu verstehen. Studien zeigen, dass Emotionen kollektiv ausgeprägt sein können (Altomonde et al. 2019) und

dass kollektive Emotionen sich auf soziale Interaktionen und letztlich auch Praktiken in Regionen auswirken (Sagi 2022). Das gilt auch für Verbitterung. Auf dieser Grundlage bildet das Modell das Grundgerüst unserer Untersuchungen. Doch selbstverständlich ist damit kein historisch bedingter unausweichlicher Automatismus gemeint, dem die Menschen in der Region gewissermaßen ausgeliefert sind. Das ist nicht der Fall, denn diverse Einflussfaktoren prägen ideologische Positionierungen und die Verbreitung von antidemokratischen Einstellungen stets entscheidend mit (Reiser et al. 2018).

DAS MODELL UMFASST VIER PHASEN:

1. die Vorverbitterungsphase, 2. die mit einem auslösenden Ereignis beginnende Entstehungsphase, 3. die Verfestigungsphase und 4. die Chronifizierungsphase.

Wir haben das Modell in Ostthüringen getestet. Es wird durch unsere Erkenntnisse aus der Region bestätigt: Wir führten 89 Interviews: mit Geschäftsführenden (65), Arbeitnehmenden (13) und Expert*innen aus dem Unternehmensumfeld (11). Es wurden u. a. Fragen zur Wahrnehmung der Region, zur politischen Identität und zu Unternehmenspraktiken gestellt. Ergänzend haben wir Daten aus anderen Studien hinzugezogen.

Viele Befragte schildern rückblickend ähnliche Wahrnehmungen:

.....
1. VOR DER WIEDERVEREINIGUNG GAB ES auch Gründe für Unzufriedenheit und Verbitterung, allerdings war das Leben vorhersehbarer. Die emotionale Situation der meisten Befragten war stabil.

2. DIE WIEDERVEREINIGUNG MARKIERTE eine massive und plötzliche Veränderung für die meisten Menschen. Die Phase von 1990 bis ca. 2000 war geprägt von Unsicherheit. Emotionen blieben überwiegend im engen Vertrauten- und Familienkreis.

3. DIE PHASE DER VERFESTIGUNG BEGANN Anfang der 2000er-Jahre und endete ca. 2013. Nun kamen Gefühle von Benachteiligung, Enttäuschung und Misstrauen hinzu. Diese wurden auch im weiteren Umfeld thematisiert, z.B. am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit. Die Verbitterung wurde kollektiv.

4. DIE CHRONIFIZIERUNGSPHASE BEGANN etwa im Jahr 2013, dem Gründungsjahr der AfD in Thüringen, und dauert bis heute an. Die regionalen Emotionen nehmen jetzt extremere Formen an: Hilflosigkeit, Frustration, die Ablehnung von Eliten und der Wunsch nach Wider-

stand. Regionale, von Verbitterung geprägte Diskurse werden in dieser Phase dichter und explosiver. Rechtspopulistische Akteur*innen erkennen das, verstärken die regionalen Emotionen absichtlich und nutzen sie strategisch für ihre Ziele. Hier besteht die Gefahr eines emotionalen Lock-in-Effekts, der eine Umkehr dieser Entwicklungen extrem erschwert.

.....

Wir haben auch untersucht, wie sich diese Emotionen auf die Unternehmenspraktiken in der Region auswirken, und konnten feststellen, dass ausgrenzende Praktiken in drei Bereichen stattfinden: Rekrutierung, Kundenbeziehungen und lokale Geschäftsnetzwerke. Art, Verbreitung und Intensität dieser Praktiken sowie die Rolle der Unternehmensleitungen haben wir systematisch analysiert und festgestellt, dass sich regionale Unternehmen in drei Typen unterscheiden lassen: ausschließende, offene und opportunistische.

Ausschließende Unternehmen

... sind meist kleine, ländliche Unternehmen mit regionaler Privatkunden-Ausrichtung, oft Handwerksbetriebe. Sie können großen Einfluss auf Debatten und Meinungen in der Region nehmen, da sie häufig dominant auftreten. Der Zusammenhalt der zumeist männlichen Belegschaft ist sehr ausgeprägt, es arbeiten keine oder nur sehr wenige Migrant*innen in diesen Unternehmen. Die befragten Firmenleitungen sehen sich als stark in der Region verwurzelte Thüringer. Sie sind skeptisch gegenüber neuen Einflüssen und äußern Vorbehalte und Feindseligkeit gegenüber Minderheiten, denen sie vorwerfen, ihre eigene Identität und die der Region zu gefährden. Laut einem Manager einer regionalen Arbeitsvermittlung handelt es sich dabei nicht um Einzelfälle, sondern um ein alltägliches Phänomen.

In diesen Unternehmen werden Bewerber*innen mit nicht deutsch klingenden Namen üblicherweise ignoriert, insbesondere Männer. Neue Kolleg*innen werden am liebsten über private Kontakte gewonnen, um die Gesinnung besser einschätzen zu können.

Fast alle Unternehmensleitungen dieses Typs geben an, dass es bei ihren Kund*innen starke Vorbehalte gegenüber Migrant*innen gibt und dass darin Einigkeit besteht. Diese Leitungen weigern sich, Migrant*innen als Vertreter*innen anderer Unternehmen zu akzeptieren. Sie halten untereinander enge Kontakte aufrecht, basierend auf gemeinsamen Werten, oft verflochten mit dem Privatleben. So entstehen geschlossene Netzwerke, die die Unternehmen erhalten und von äußeren Einflüssen fernhalten wollen.

Offene Unternehmen

... sind in der Regel mittelgroß, geschäftskundenorientiert und überregional tätig. Viele sitzen in Städten, kaum im ländlichen Ostthüringen. Die Einstellung gegenüber Minderheiten ist positiv und die Belegschaft vielfältig.

Die Geschäftsleitungen haben gute Erfahrungen mit migrantischen Arbeitskräften gemacht und möchten sich zukünftig für weitere Internationalisierung öffnen, auch wenn das wegen des ausschließenden Umfeldes oft nicht einfach ist. Sie achten darauf, niemanden einzustellen, der ausschließende Einstellungen in die Organisation übertragen könnte. Diskriminierendes Verhalten wird sanktioniert.

Aufgrund der Marktorientierung ist der Einfluss regionaler Kundschaft auf diese Unternehmen nicht so groß. Bei ausschließendem Verhalten wird der Austausch gesucht und notfalls die Geschäftsbeziehung beendet. Diese Unternehmen können es sich leisten, nicht in regionale Netzwerke eingebunden zu sein, und meiden die Zusammenarbeit mit ausschließenden Unternehmen.

Opportunistische Unternehmen

... lassen sich weder den ausschließenden noch den offenen zuordnen. Dieser Unternehmenstyp ist in der Region am weitesten verbreitet und in Größe, Branche sowie Alter, Geschlecht und Qualifikationsniveau der Mitarbeitenden verschieden. Die Leitung dieser Unternehmen erkennt die problematischen Dynamiken in der Region, kann ihnen aber nicht entgegenstehen, da sie stark in der regionalen Wirtschaft verankert und auf diese angewiesen sind.

Migrant*innen werden ungerne und oft nur befristet eingestellt, um Widerstand von regionaler Kundschaft zu vermeiden. Die Belegschaft hat aufgrund des Fachkräftemangels sehr großen Einfluss auf die Leitung, wie folgendes Zitat belegt:

.....
»Es gibt Aussagen von Mitarbeitern: ›Wenn der Chef jemanden einstellt, der Flüchtling ist oder so etwas, dann gehen wir.‹ Solche harten Aussagen sind dort an der Tagesordnung.« LEITUNG EINES IT-UNTERNEHMENS

Entsprechend sieht sich die Leitung gezwungen, Kompromisse zwischen diesen äußeren Zwängen und der persönlichen Einstellung einzugehen. Ausschließende Einstellungen regionaler Kundschaft beeinflussen diese Unternehmen massiv. Sie tolerieren diese, um die

Aufträge nicht zu verlieren. In einigen Fällen wurden migrantische Mitarbeitende anlasslos entlassen, nachdem sich die Kundschaft beschwerte. Migrant*innen werden nicht in ländlichen Filialen eingesetzt und müssen häufig im Hintergrund arbeiten, manchmal sogar in separaten Teams.

Diese Unternehmensleitungen akzeptieren auch ausschließende Geschäftspartner*innen (z.B. »Reichsbürger« oder rechtsextreme Parteien), um ihre Existenz zu sichern. Sie nehmen an regionalen, teilweise ausschließenden Netzwerken teil, spielen jedoch keine bedeutende Rolle bei deren Gestaltung. Insgesamt passen sich diese Unternehmen den regional-ausschließenden Identitäten an.

Fazit

Besonders besorgniserregend sind für uns die deutlichen Hinweise auf eine Chronifizierung von Verbitterung in der Region. Auch die Tatsache, dass diese sich in ausschließenden Unternehmenspraktiken niederschlägt, gibt Anlass zur Sorge. Dass opportunistische Unternehmen sich dem hohen Druck von Belegschaft, Kundschaft und Geschäftspartner*innen beugen, führt zur weiteren Verfestigung dieser Dynamiken. Die Region wird so insgesamt attraktiver für ausschließende Akteur*innen und weniger attraktiv für offene. Es könnte daher zunehmend schwierig werden, diesen Teufelskreis der fortschreitenden Polarisierung zu durchbrechen.

Die Folgen können erheblich sein und treffen alle Unternehmen. Wissenschaftler*innen und Wirtschaftsexpert*innen sind sich einig, dass die geschilderten Dynamiken einen negativen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region haben können (Brox & Krieger 2021; de Sousa et al. 2021). Wenn eine Region von außen etwa als vergleichsweise fremdenfeindlich wahrgenommen wird, verliert sie an Attraktivität für Arbeitskräfte (insbesondere hochqualifizierte), für Geschäftspartner*innen von außerhalb und für Investor*innen. Insgesamt kann so die Wettbewerbsfähigkeit der Region beeinträchtigt werden (Otto 2023).

Politische Maßnahmen zur Gegensteuerung sollten aus unserer Sicht insbesondere die Leitungen opportunistischer Unternehmen stärken, die gewillt sind, sich in Richtung offener Unternehmen zu entwickeln, damit diese als Vorbilder und Multiplikatoren fungieren können. Auch sollte die Entwicklung kollektiver regionaler Emotionen stets einbezogen werden: Es ist wichtig, die Emotionen in der Region genau zu kennen, um entsprechend darauf reagieren zu können. Unser Modell

kann als eine Art Frühwarnsystem helfen, eine negative Entwicklung rechtzeitig zu erkennen. Denn je weiter diese fortschreitet, umso schwieriger wird die Gegensteuerung.

Die Forschungsergebnisse wurden im Rahmen des Projekts »wom – Weltoffen miteinander arbeiten« erarbeitet, das vom Freistaat Thüringen mit Geldern aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert wurde.

LITERATUR

- Altomonte, Carlo/Gennaro, Gabriele/Passarelli, Francesco (2019):** Collective Emotions and Protest Vote. In: CESifo Working Paper. Online: <https://doi.org/10.2139/ssrn.3338817>.
- Brox, Eric/Krieger, Timo (2021):** Weniger Zuzug nach Dresden: Rechte Proteste verschrecken junge Leute! In: ifo Dresden berichtet, 28, Heft 04, S. 12-17. Online: <https://hdl.handle.net/10419/250978> [23.04.2024].
- de Sousa, Luis/Fernandes, Diana/Weiler, Florian (2021):** Is populism bad for business? Assessing the reputational effect of populist incumbents. In: Swiss Political Science Review, 27, Heft 1, S. 1–20. Online: <https://doi.org/10.1111/spsr.12411>.
- Hannemann, Matthias/Henn, Sebastian/Schäfer, Susann (2023):** Regions, emotions and left-behindness: a phase model for understanding the emergence of regional embitterment. In: Regional Studies, 2023, S. 1–12. Online: <https://doi.org/10.1080/00343404.2023.2218886>.
- Henn, Sebastian/Hannemann, Matthias (2023):** Populist resentments and identities and their repercussions on firms and regions. The example of East Thuringia. In: Journal of Economic Geography, lbado17. Online: <https://doi.org/10.1093/jeg/lbado17>.
- Otto, Elmar (2023):** Rechtsextreme Einstellungen: Innenminister Maier sieht Gefahr für den Wirtschaftsstandort Thüringen. Online: <https://www.tlz.de/politik/article-238734919/Rechtsextreme-Einstellungen-Innenminister-Maier-sieht-Gefahr-fuer-den-Wirtschaftsstandort-Thueringen.html> [23.04.2024].
- Reiser, Marion/Best, Heinrich/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2018):** Heimat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018. Politische Kultur im Freistaat Thüringen. In: KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration, Friedrich-Schiller-Universität Jena/Erfurt. Drucksache des Thüringer Landtags, 6/6383.
- Sági, Matias (2022):** The geographical scales of fear: Spatiality of emotions, emotional spatialities. In: Hungarian Geographical Bulletin, 71, Heft 1, S. 55–65. Online: <https://doi.org/10.15201/hungeobull.71.1.4>.

AFD-VERBOT: VERZICHTET DIE »WEHRHAFTE DEMOKRATIE« AUF IHRE WAFFEN?

Kristin Pietrzyk und
Alexander Hoffmann

Warum eine Kampagne für AfD-Verbot jetzt vorangetrieben werden muss und die Entscheidung für einen Verbotsantrag nicht im freien Ermessen der Verantwortlichen steht

Die AfD betreibt eine Politik, die zumindest gesellschaftlichen Minderheiten ein menschenwürdiges Leben in Deutschland unmöglich machen wird. Diese Politik verursacht bereits jetzt gesellschaftliche Stimmungen, die das Zusammenleben aller auf der Basis gegenseitiger Achtung und der Garantie der Menschenwürde und der elementarsten Grundrechte direkt angreift. Dies haben bereits heute viele Menschen verstanden. Insbesondere in den Regionen, in denen die AfD heute maßgeblichen politischen Einfluss hat, ist diese Bedrohung unseres bisherigen Zusammenlebens unmittelbar zu spüren.

Selbst der Verfassungsschutz hat dies inzwischen erkannt und die AfD insgesamt als Verdachtsfall nach dem Bundesverfassungsschutzgesetz, den sogenannten und mittlerweile aufgelösten »Flügel« als gesichert extremistische Bestrebung sowie die Jugendorganisation *Junge Alternative für Deutschland* als Verdachtsfall eingestuft. Die Landesverbände in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurden durch die jeweils zuständigen Landesämter als gesichert rechtsextrem eingestuft. Das Verwaltungsgericht Köln hat diese Einstufungen für rechtmäßig erklärt. Vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster versuchte die Partei, diese Entscheidung aufheben zu lassen. Im Mai 2024 entschied jedoch das OVG Münster, dass die Einstufungen rechtmäßig sind, was den Druck auf Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat deutlich erhöht, ein Verbotverfahren einzuleiten. All dies ändert nichts daran, dass die AfD bei den kommenden Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg womöglich erhebliche Stimmanteile erzielen wird. Ausweislich der aktuellen öffentlichen

Verlautbarungen strebt die AfD in diesen Bundesländern auch eine Regierungsbeteiligung an.

Millionendemonstrationen mit klarem Bekenntnis, aber ohne klare Forderungen

Die Ängste, die die Entwicklung der AfD bei vielen Menschen auslöst, waren maßgeblich dafür, dass auf zahlreichen Demonstrationen im gesamten Bundesgebiet seit Januar 2024 mehr als 3,5 Millionen Menschen auf die Straße gegangen sind. Diese Demonstrationen waren gesellschaftlich sehr breit getragen. Insbesondere im Osten haben sie vielerorts dazu geführt, dass sich Antifaschist*innen seit Jahren wieder selbst als Machtfaktor wahrnehmen. Dass diese Demonstrationen nach einigen Wochen etwas abgeflaut sind, liegt in der Natur der Sache, vor allem aber auch daran, dass viele Menschen abwarten, was die staatlichen Stellen nunmehr – nach diesem klaren Signal eines erheblichen Teils der Bevölkerung – unternehmen werden, um effektiv gegen die AfD vorzugehen.

Bislang allerdings hat sich gezeigt, dass staatliche Stellen die sehr klare Botschaft der Demonstrationen schlicht ignorieren. Weiterhin suggerieren führende Politiker*innen, es wäre ausreichend, mit der eigenen Politik – beispielsweise im Bereich der Asylpolitik – einfach weiter nach rechts zu rücken, um der AfD ihre bei Wahlen errungenen Mandate wieder abzunehmen. Auch die Medien lassen Stimmen aus der antifaschistischen Bewegung, die ein Verbot der AfD fordern, nur in sehr geringem Umfang zu Wort kommen.

Dies mag auch daran liegen, dass die bisherigen Demonstrationen inhaltlich teilweise eher diffus aufgestellt waren. Ausgangspunkt der Demonstrationen war die Berichterstattung von *CORRECTIV* über ein Treffen in Potsdam im November 2023, bei dem der führende Kopf der rechtsextremen *Identitären Bewegung* in Österreich, Martin Sellner, vor Mitgliedern der AfD und der *WerteUnion* gesprochen hatte und in dem es auch darum ging, wie sowohl Geflüchtete als auch deutsche Staatsbürger*innen mit Migrationshintergrund dazu gebracht werden könnten, Deutschland zu verlassen (*CORRECTIV* 2024). Viele Menschen erkannten anhand dieser Berichterstattung, dass die AfD und ihre Bündnispartner*innen tatsächlich planen, unser gesellschaftliches Zusammenleben vollständig umzukrempeln und u. a. eine völkisch-rassistische Politik verfolgen, nach der nicht Staatsbürgerschaft, sondern Abstammung entscheidend dafür sein soll, welche Rechte ein Mensch hat. Die Partei versucht inzwischen kaum mehr,

ihre völkisch-rassistischen Inhalte, ihre aggressive, gegen Andersdenkende und »Nichtdeutsche« gerichtete Propaganda zu tarnen. Im Gegenteil: Personell findet, selbst in den Parlamenten, eine Einbindung von Neonazis und ehemaligen Mitgliedern von faschistischen Gruppierungen wie der NPD statt, in Bündnissen vor Ort bestehen praktisch gar keine Hemmungen mehr, mit allen Gruppierungen rechts der AfD zusammenzuarbeiten, und selbst auf Gewalttätigkeiten und Terrorismus gerichtete Aktivitäten von AfD-Mitgliedern (z. B. die mutmaßliche Beteiligung der ehemaligen Bundestagsabgeordneten Malsack-Winkemann an einer nach Ansicht des Generalbundesanwalts terroristischen Vereinigung) werden im Wesentlichen verharmlost.

Das Bundesverfassungsgericht hatte in der letzten Entscheidung zur NPD (Urteil vom 17.01.2017 – 2 BvB 1/13, Rn. 844) zwar festgestellt, die Partei sei zu unbedeutend, um sie zu verbieten. Gleichzeitig bezeichnete das Gericht aber gerade die völkisch-rassistische Politik der NPD als zentrale Bestrebung, die bestehende freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen. Damit sind Verbotgründe gegen die AfD gegeben, da auch diese eine völkisch-rassistische Einstellung zur Grundlage ihrer Politik gemacht hat.

Die Empörung in breiten Teilen der Bevölkerung war bislang nicht in der Lage, konkreten Druck zu entfalten. Dies lag sicherlich an der Heterogenität der Teilnehmenden an den Demonstrationen, vor allem aber auch darin begründet, dass bislang keine eindeutige Fokussierung auf klare Forderungen erfolgt ist.

Vom Protest zum Widerstand

Klar ist, dass ein AfD-Verbot nicht mehr möglich sein wird, wenn die Partei an Landesregierungen beteiligt ist. In einer solchen Situation wäre der Vollzug eines Verbotes kaum mehr möglich. Soll also nun die letzte mögliche Chance eines AfD-Verbotsverfahrens genutzt werden, das dann parallel zu höchst problematischen Koalitionsverhandlungen zwischen den übrigen Parteien laufen würde, müsste dies schnellstmöglich, jedenfalls aber vor den Wahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg auf den Weg gebracht werden. Dies wird nur erfolgen, wenn sich der Massenprotest auf die Verbotsforderung als zentrales Anliegen einigt – und sich die Zivilgesellschaft organisiert und die Notwendigkeit eines Verbotes öffentlich, flächendeckend und lautstark deutlich macht. Eine gemeinsame Kampagne wäre hierfür wünschenswert.

Bereits die öffentliche Debatte über ein mögliches Verbot der AfD eröffnet Diskussionsräume, das wurde bei zahlreichen Demonstrationen – vor allem im ländlichen Raum – deutlich. Ein Zusammenkommen im öffentlichen Raum, also buchstäblich die gemeinsame Raumnahme, kann schon ein neues Selbstbewusstsein schaffen, das im Kampf gegen Rassismus, Chauvinismus, Antisemitismus und Antifeminismus hilfreich ist. In der Realität befinden sich nämlich in den Gebieten, in denen die AfD mit 20 Prozent und mehr der Stimmen Zuspruch erfährt, diejenigen im Rückzug und im Rechtfertigungszwang, die sich gegen solche Positionen wehren, die demokratische Werte wie die Menschenwürde und demokratische Grundrechte verteidigen. Eine öffentliche Raumnahme, bei der erklärt und vertreten wird, dass die AfD und andere völkisch-rassistische Gruppen verboten werden müssen, auch wenn sie – noch – demokratisch gewählt werden können, kann diesen Zustand angreifen und stellt damit aktiven Schutz politisch Aktiver und Minderheiten dar.

Die Stellung eines Verbotsantrags steht nicht im Belieben der Verantwortlichen

Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano (Universität Kassel) hat kürzlich deutlich gemacht, dass sich das politische Ermessen der verbotsantragsbefugten Institutionen Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung im Hinblick auf ein Parteiverbotsverfahren verdichten kann (*Verfassungsblog* 2024). »Parteien«, so bestimmt Artikel 21 des Grundgesetzes, »die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen, sind verfassungswidrig«. Das Grundgesetz lässt hier keine Wahl und kein Zögern zu: Die Verfassungswidrigkeit folgt unmittelbar aus der Verfassungsfeindlichkeit und dem Gefahrenpotenzial der Partei.

Dies würde bedeuten, dass nach den im Rahmen der *CORRECTIV*-Berichterstattung zum Teil erneut dargelegten Positionen maßgeblicher Politiker*innen der Gesamtpartei, spätestens mit einer Abweisung der Berufungsklage der Partei durch das OVG Münster ein Verbot Antrag zwingend erfolgen muss. Daraus wiederum würde folgen, dass eine Vorbereitung eines Verbotsantrages bereits jetzt vorzunehmen wäre. Es müssten also ohne weiteres Zögern neben dem Bundesamt auch die Landesämter für Verfassungsschutz beauftragt werden, Quellen und Material für einen solchen Antrag zusammenzustellen, es müsste aus allen verfügbaren Quellen Material zusammengetragen und mit der Fertigung eines Antragsentwurfes begonnen werden. Ein

solches Vorgehen würde die Verantwortlichen auch nicht zwingend binden. Wenn nach Fertigstellung erhebliche Zweifel an den Erfolgsaussichten verbleiben, dann würde der Antrag eben nicht gestellt.

Es gibt also keinerlei Gründe, die dagegensprechen, einen solchen Verbotsantrag jetzt erstellen zu lassen. Wenn die politisch hierfür Verantwortlichen dies verweigern, zeigen sie, dass sie die Forderungen und Ängste von Millionen Menschen ignorieren. Eine Kampagne, die sich eindeutig auf eine Forderung nach sofortiger Vorbereitung eines Verbotsantrages richtet, wäre notwendig und könnte breit getragen werden, weil sie sich nicht endgültig auf die Stellung festlegt, sondern die politische Analyse und Diskussion in den Vordergrund rückt.

Es gehört zu den grundsätzlichen Aufgaben der politisch Verantwortlichen, Minderheiten zu schützen. Wie die deutsche Geschichte gezeigt hat und das Grundgesetz als Konsequenz der Erfahrungen mit der Machtergreifung durch die Nationalsozialist*innen diktiert, muss der Verbotsantrag zwingend gestellt werden, will man nicht erhebliche Teile der Gesellschaft schutzlos stellen. Minderheitenschutz ist oberste Priorität, Minderheitenschutz muss handlungsleitend sein – nicht trotz, sondern weil erhebliche Anteile der deutschen Bevölkerung heute wieder rechts wählen.

LITERATUR

Correctiv (2024): Neue Rechte: Geheimplan gegen Deutschland. Online: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> [24.04.2024].

Verfassungsblog (2024): AfD-Verbotsverfahren als demokratische Pflicht. Online: <https://verfassungsblog.de/afd-verbotsverfahren-als-demokratische-pflicht/> [24.04.2024].

FEINDBILD ›LINKS‹: KONTINUITÄTEN ANTILINKER GEWALT

Stefanie Schreiber und
Franziska Schestak-Haase

Im Februar 2024 erschüttert die Nachricht von einem Brandanschlag auf das Wohnhaus eines SPD-Politikers in Waltershausen die Öffentlichkeit, auch bundesweit wird über den Fall berichtet. Die sich im Haus befindenden Gäste bemerken den Brand rechtzeitig, doch vier Menschenleben sind in Gefahr. In jüngster Vergangenheit ist der parteipolitisch engagierte Sozialdemokrat für das örtliche Bündnis »Buntes Waltershausen« aufgetreten. Knapp drei Wochen zuvor fand eine Demonstration gegen Rechtsextremismus im Ort statt, wie sie bundesweit von Hunderttausenden besucht wurden. Der Betroffene tritt trotz Ängsten in die Öffentlichkeit und spricht über seine Situation:

.....
»Ich möchte, dass so etwas nicht wieder passiert.«

THÜRINGER ALLGEMEINE, 2024
.....

Immer wieder sind in Thüringen Menschen von rechten Angriffen betroffen, weil sie als ›links‹ markiert werden. Unter den Betroffenen antilinker Gewalt sind Aktive der Zivilgesellschaft (in Ehrenamt und Hauptamt), Journalist*innen oder demokratische Politiker*innen. Im rechten Kulturkampf gelten diese als »nicht assimilierte Staatsbürger«, weil sie sich für eine demokratische, solidarische, klimagerechte (etc.) Gesellschaft einsetzen. Die durch die *CORRECTIV*-Recherchen öffentlich gewordenen Abschiebepläne, u. a. von Mitgliedern der AfD und *WerteUnion*, sollen auch ebenjene betreffen (*CORRECTIV* 2024). Mit den befürchteten Wahlerfolgen der AfD in Thüringen droht den Menschen die politische Umsetzung des völkisch-nationalistischen, rassistischen und autoritären Programms der extrem rechten Partei.

Historische Kontinuität und aktuelle Entwicklungen

Das Feindbild ›links‹ und antilinke Gewalt sind integraler Bestandteil (extrem) rechter Ideologie und haben in Deutschland eine lange Tradition. Politische Gegner*innen sind besonders häufig von, mitunter tödlicher, rechter Gewalt betroffen. Nach dem Kommunismus wurde der Antifaschismus zum zentralen Feindbild (Dietzsch/Maegerle 1996). Linke Bewegungen werden bekämpft, da sie als Bedrohung der nationalen Identität, der ethnischen »Volksgemeinschaft«, traditioneller Werte und einer autoritären Gesellschaftsordnung wahrgenommen werden.

Nach den mordenden Freikorps in der Weimarer Republik und der systematischen Verfolgung und Ermordung politischer Gegner*innen in der NS-Zeit legten ehemalige Wehrmachtssoldaten und SS-Mitglieder 1950 in der BRD »Schwarze Listen« mit Informationen z. B. über Sozialdemokrat*innen an. Diese sollten für den »Tag X« genutzt werden. Die 1968er-Studierendenbewegung, welche u. a. eine konsequente Aufarbeitung der NS-Zeit forderte, sah sich im Kontext eines erstarken (Neo-)Nazismus wiederholt Angriffen von rechts – sowohl auf als links markierte Orte als auch auf Personen – ausgesetzt. Ein Höhepunkt dieser Gewalt war 1968 der versuchte Mord an Rudi Dutschke, dem Sprecher der linken Studierendenbewegung, der 1979 an den Spätfolgen verstarb.

Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, der damit einhergehende allgegenwärtige Nationalismus und die darauffolgenden tiefgreifenden gesellschaftlichen Transformationen in den neuen Bundesländern spielen eine zentrale Rolle für die Entwicklung antilinker Gewalt in Ostdeutschland. In Zeiten dieses Umbruchs und des damit einhergehenden Vakuums (u. a. bei den staatlichen Straf- und Verfolgungsbehörden) konnten sich Neonazis an verschiedenen Orten zur Ordnungsmacht aufschwingen und wurden – ebenso wie ihre Feindbilder – vielfach normalisiert (Begriff o. J.). Im Osten erlebten politische Gegner*innen und Migrant*innen um den 3. Oktober 1990 Gewaltexzesse durch Neonazis und deren Unterstützer*innen.² In den 1990er-Jahren wurden bundesweit verstärkt »Anti-Antifa-Kampagnen« durch die extreme Rechte betrieben, in denen persönliche Informationen über politische Gegner*innen gesammelt und veröffentlicht wurden. Dies ging mit Bedrohungen und Gewalt einher. In Thüringen entstand die *Anti-Antifa-Ostthüringen*, ein Vorläufer des *Thüringer Heimatschutzes*.

² Die Initiative *zweiteroktobergo* hat Fälle gesammelt. Diese werden mit Analysen und Hintergrundinformationen kontextualisiert und in die gesellschaftspolitischen Bedingungen der Wiedervereinigung eingeordnet.

Spätestens seit dem Beginn der 2000er-Jahre gewann die Neue Rechte an Bedeutung, die ihren rechten Kulturkampf sowohl online als auch offline austrägt. Auch hier spielt der Kampf gegen Antifaschist*innen, neben weiteren Feindbildern, eine zentrale Rolle. Diese werden emotional aufgeladen und beliebig ergänzt bzw. ausgetauscht (vgl. Strobl 2021: 58). Durch Zuschreibungen wie »links-grün-versifft« oder »Homo-Lobby« werden politische Gegner*innen sprachlich abgewertet und mit Bezeichnungen wie »Klima-Terroristen« und »linksextreme Chaoten« zur Gefahr stilisiert. Die als Feindbild Markierten können dabei erheblich variieren: So wurde 2015 beispielsweise Angela Merkel (CDU) als Bundeskanzlerin aufgrund ihrer Migrationspolitik als linkes Feindbild markiert und angegriffen, u. a. von der AfD.

Aktuelle Auswirkungen des Feindbildes ›links‹ in Thüringen

Die Entwicklung von Angriffen im Sinne eines Feindbildes ›links‹ in Thüringen sind besorgniserregend. Die fachspezifische Opferberatung *ezra* verzeichnete 2023 49 Angriffe gegen (vermeintlich) politische Gegner*innen, politische Verantwortungsträger*innen, Journalist*innen und LGBTIQ* (vgl. den Beitrag von Lauß/Zobel in diesem Band). Dies zeigt, dass sich die Bedrohung verfestigt und lässt Vorboten für 2024 erkennen. Die Markierten sind keine homogene Gruppe, geeint werden sie jedoch über die Zuschreibung, ›links‹ zu sein und entsprechende Inhalte zu vertreten. Darunter fallen Themenbereiche wie Umweltschutz/Klimagerechtigkeit, Pressefreiheit, Antifaschismus, Geschlechtervielfalt, Antidiskriminierung, Weltoffenheit/Toleranz, Migration/Integration, Demokratie und Erinnerungskultur. Dahinter verbirgt sich eine große Bandbreite an politischem Engagement, welches in Ehren- und Hauptamt Ausweis einer lebendigen, vielfältigen gesellschaftlichen Gestaltung in Thüringen ist. Dabei ist auf die mögliche Mehrdimensionalität von Tatmotivationen hinzuweisen: Das bedeutet, dass ein Angriff gleichzeitig aus mehreren Motiven heraus erfolgen kann, so können z. B. Antisemitismus und die Abwertung politischer Gegner*innen zusammenkommen.

Angriffe auf (Akteur*innen der) Erinnerungskultur und Gedenkpolitik

79 Jahre nach der nationalsozialistischen Herrschaft schmerzt der Blick auf die zunehmenden Angriffe auf die erinnerungspolitischen Bemühungen der Aufarbeitung und des Gedenkens. Dabei ist die Stadt Weimar häufig Ort dieser symbolischen und politischen Angriffe,

hinter denen eine antisemitische Tatmotivation in Form eines Post-Shoah-Antisemitismus steht. Betroffen sind wiederholt Portraits von Buchenwald-Überlebenden im öffentlichen Raum der Ausstellung »Die Zeugen«. Diese werden teils zerstört und mit rechten Symboliken verunglimpft (vgl. Müller 2023). Auch Stolpersteine in Erinnerung an deportierte und ermordete jüdische Bewohner*innen der Stadt Weimar werden wiederholt beschädigt, ebenso wie Plakate des zum interkulturellen und -religiösen Dialogs beitragenden ACHAVA-Festivals (vgl. *BgR Weimar* 2023; *MDR Thüringen* 2023a). Bundesweit häuften sich Ende 2023 die Angriffe und Drohungen gegen die Gedenkstättenarbeit. Diese können als Angriffe auf als politische Gegner*innen markierte Personen und Institutionen eingeordnet werden, da diese für ein umfassendes Gedenken und die Aufarbeitung der NS-Zeit eintreten und sich somit gegen den Post-Shoah-Antisemitismus einsetzen. So führt Jens-Christian Wagner, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, in einem Interview aus, dass sich die Mitarbeitenden mittlerweile fast täglich mit rassistischen, antisemitischen, volksverhetzenden Hassmails, Drohanrufen und Schmierereien auseinandersetzen müssten. Nicht unerwähnt lässt er die Zerstörung von Bäumen des inklusiven Projekts »1000 Buchen« des *Lebenshilfe-Werks Weimar/Apolda* (vgl. *MDR Aktuell* 2023). Anfang 2024 dann eine erneute Zuspitzung: Das Fahrzeug eines Mitarbeitenden der Gedenkstätte Buchenwald wurde beschädigt.

Angriffe auf Engagierte der Geschlechtergerechtigkeit

Zum Kampffeld der organisierten extremen Rechten gehört auch der Bereich geschlechtlicher Vielfalt sowie nicht heteronormativer sexueller Orientierung. Dies findet auf unterschiedlichen Ebenen Ausdruck: Seit 2021 treten in ländlich geprägten Regionen Initiativen für die Organisation eigener lokaler Christopher-Street-Days in Erscheinung. Rechte Hetze und Angriffe auf die Teilnehmenden und Organisator*innen der Versammlungen werden aus unterschiedlichen Städten in Thüringen berichtet. Darüber hinaus wird diskursiv mit Forderungen nach einem Gender-Verbot die Existenz von Inter*, trans* und nicht-binären Personen faktisch geleugnet (*Queeres Netzwerk Thüringen* 2024). Die Zahl der Angriffe gegen die LGBTIQ*-Community nimmt im unabhängigen Monitoring der Opferberatungsstellen (VBRG 2023) weiterhin zu.

Angriffe auf Antifaschist*innen und demokratische Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftliches Engagement gegen die extreme Rechte und für eine demokratische Gesellschaft wird von vielen Menschen unterschiedlich getragen und gelebt. Beispielhaft stehen dafür (Klein-)Unternehmer*innen, die sich gegen die AfD positionieren. Damit geraten auch diese in den Fokus der extremen Rechten, wie sich im vergangenen Jahr in Sonneberg gezeigt hat: Unternehmer*innen, die im Rahmen der Landratswahl gegen die in Thüringen als gesichert rechtsextreme Partei Stellung bezogen haben, waren anschließend mit Online-Shitstorms, aber auch offline mit Bedrohungen und Anfeindungen konfrontiert. Diese treffen die Unternehmer*innen und deren Mitarbeitende nicht nur auf einer persönlichen Ebene, sondern greifen auch ihre ökonomische Existenzgrundlage an, etwa durch Boykottaufrufe.

Zur Kontinuität rechter Gewalt gehören Neonazi-Angriffe auf Antifaschist*innen. Ein Schwerpunkt dieser Angriffe in Thüringen ist in den letzten Jahren Eisenach gewesen. Hier konnte sich über Jahre die militante Neonazi-Gruppierung *Knockout 51* ungestört als Ordnungsmacht etablieren und damit einen Angstraum vor allem für antifaschistische und (vermeintlich) linke Jugendliche und junge Erwachsene schaffen. Dazu gehörten unter anderem brutale Angriffe auf Menschen, in denen diese auf die Betroffenen bis zur Bewusstlosigkeit eingeschlagen haben. Erklärtes Ziel der von der Bundesanwaltschaft als terroristische Vereinigung angeklagten Neonazi-Gruppe war es, Linke und Antifaschist*innen zu töten. Dazu trainierten sie Kampfsport, bauten und beschafften sich Waffen und veranstalteten Schießtrainings in Tschechien (Litschko 2023). Das Ausmaß der massiven alltäglichen Bedrohung insbesondere für engagierte Antifaschist*innen wird derzeit im Gerichtsprozess gegen *Knockout 51* am Oberlandesgericht Jena sichtbar, die damit jahrelang von Verantwortlichen in Gesellschaft, Politik und staatlichen Behörden im Stich gelassen worden.³ Diese Erfahrung des Im-Stich-gelassen-Werdens, weil rechte Bedrohungen und Gewalt gegen diese oftmals nicht ernst genommen werden, geht häufig einher mit einer Kriminalisierung durch staatliche Behörden, z.B. am 1. Mai 2023 in Gera (*ezra/MOBI* 2023). Zurück bleibt bei vielen Engagierten der Eindruck eines manifestierten Feindbildes ›links‹.

³ Eine ausführliche Dokumentation des Prozesses gegen die militante Neonazi-Gruppe *Knockout 51* am Oberlandesgericht in Jena findet sich auf www.prozessdoku-thueringen.de.

Angriffe auf vermeintlich linke politische Verantwortungsträger*innen

Die Situation von politischen Verantwortungsträger*innen hat sich verschärft. Sie werden als Repräsentant*innen einer von den Täter*innen abgelehnten »links-grün-versifften« Politik verantwortlich gemacht. Deutlich wird dies, wenn Kommunalpolitiker*innen sowie die Wahlkreisbüros und Mitarbeitende (vermeintlich) linker Parteien immer wieder beleidigt, bedroht und angegriffen werden. Dies betrifft insbesondere die Parteien *Bündnis 90/Die Grünen*, *Die Linke* und SPD. Ein verbindendes Element sind im Jahr 2023 Morddrohungen, die auf Stickern in Verbindung mit Klarnamen auftauchten, bei Besuchen in Wahlkreisbüros persönlich geäußert wurden (vgl. Plötner 2023) oder aber einem Politiker beim Aufhängen seiner Wahlplakate direkt entgegengeschleudert wurden (vgl. Nienaß 2023). In Eisenach ist darüber hinaus ein engagierter Gewerkschafter immer wieder von Morddrohungen betroffen (vgl. *MDR Thüringen* 2023b). Seit Dezember 2023 häufen sich Sachbeschädigungen an Wahlkreisbüros (vgl. *Bündnis 90/Die Grünen Thüringen* 2023). Dass sich die Bedrohungslage 2024 nicht entschärft hat, wurde bereits Anfang des Jahres deutlich, wie die mutmaßlich rechte Anschlagsserie auf demokratische Politiker*innen zeigt.

Angriffe auf Journalist*innen

2023 wurden in Thüringen immer wieder Journalist*innen bedroht und angegriffen. Dies geschah z.B. durch das Zeigen von »Schuldig«-Plakaten mit Bildern eines Journalisten in Ronneburg, der zusätzlich von der Bühne aus bedroht wurde. Besonders häufig ereigneten sich Angriffe und Bedrohungen im Demonstrationkontext. Werden Journalist*innen dabei namentlich genannt, schreibt sich der Hass online fort. Aber auch offline kann die Bekanntheit von Journalist*innen zu weiteren Angriffen führen: So wurden Journalist*innen von Neonazis in einem Supermarkt in Weimar angegriffen. Die Neonazis und einige der betroffenen Personen waren sich durch (Querdenken-) Demonstrationen bekannt, die die Betroffenen journalistisch begleiteten. Eine weitere Eskalation stellt zudem der Angriff auf einen OTZ-Reporter im Rahmen einer AfD-Veranstaltung im November 2023 im ostthüringischen Plothen dar. Der Reporter wurde zunächst beim Verlassen des Ortes beschimpft und geschlagen, seine Kopfbedeckung abgerissen. Der Betroffene kehrte kurz darauf mit zwei Polizeibeamten zurück. Die Angreifer konnten jedoch nicht mehr identifiziert werden. Als der Journalist in sein Auto stieg und losfahren wollte,

bemerkte er in allen vier Reifen Schrauben. In einem Fernsehbeitrag des Magazins *Monitor* erklärte der Journalist, dass die Tat Spuren hinterlassen habe, er aber weitermachen werde (WDR 2024).

Solidarität statt Spaltung

Die Angriffe vermitteln eine klare Botschaft: ›Ihr sollt euch fürchten, stellt das Wirken ein, ordnet euch unter, sonst drohen weitere einschneidende Konsequenzen.‹ Engagierte, Politiker*innen und Journalist*innen, die als (vermeintlich) Linke markiert werden, sollen zum Schweigen gebracht werden. Hinter den Betroffenen stehen zugleich Angehörige und Verbündete, sodass die Botschaft an Reichweite gewinnt. Insbesondere im Wahljahr muss von einer gezielten Strategie der extremen Rechten ausgegangen werden, die sich davon erhofft, einer rechten, autoritären gesellschaftlichen Entwicklung Vorschub zu leisten und ihre Gegner*innen zu spalten.

Umso nötiger ist konkrete Solidarität mit den Betroffenen: Nach dem Brandanschlag auf das Wohnhaus des engagierten SPD-Politikers haben Menschen vor Ort eine Solidaritätskundgebung organisiert. Das hilft, um nicht das Gefühl zu haben, alleine damit zu bleiben. Dies erfordert das Engagement jeder*s Einzelnen – ein erster Schritt etwa kann sein, auf die Betroffene zuzugehen und zu erfragen, was sie brauchen. Darüber hinaus bieten fachspezifische Gewaltopferberatungsstellen wie *ezra* Unterstützung bei der Bewältigung der Angriffsfolgen.

LITERATUR UND QUELLEN

- Bündnis gegen Rechts Weimar et al. (2023):** Gegen die Auslöschung der Erinnerung. Online: <https://bgr-weimar.de/cms/startseite/page/12/pressemittelungen.html> [13.03.2024].
- Bündnis 90/Die Grünen Thüringen (2023):** Appell, sich nicht in die Spirale der Verrohung hineinziehen zu lassen. Online: <https://gruene-thueringen.de/pm-appell-sich-nicht-in-spirale-der-verrohung-hineinziehen-zu-lassen/> [13.03.2024]
- Correctiv (2024):** Geheimplan gegen Deutschland. 10. Januar 2024. Online: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> [12.04.2024].

- Dietzsch, Martin/Maegerle, Anton (1996):** »Anti-Antifa« – einigendes Band von Neonazis bis zur Intellektuellen Rechten. Online: https://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Anti_Antifa.htm [12.04.2024].
- ezra/MOBIT (2023):** ezra und MOBIT kritisieren das Vorgehen von Geraer Versammlungsbehörde und Polizei gegen Zivilgesellschaft am 1. Mai: »Ein neuer Tiefpunkt im Umgang mit antifaschistischem Engagement.« Online: <https://ezra.de/ezra-und-mobit-kritisieren-das-vorgehen-von-geraer-versammlungsbehoerde-und-polizei-gegen-zivilgesellschaft-am-1-mai-ein-neuer-tiefpunkt-im-umgang-mit-antifaschistischem-engagement/> [13.03.24].
- Litschko, Konrad (2023):** Sie hatten das Ziel, Linke zu töten. Online: <https://taz.de/Thueringer-Neonazis-verhaftet/!5980365/> [12.04.2024].
- MDR Aktuell (2023):** KZ-Gedenkstätten beklagen rechtsextreme Bedrohungen. Online: <https://www.mdr.de/nachrichten/podcast/interview/audio-gedenkstaette-kz-rechtsextreme-bedrohung-100.html> [13.03.2024].
- MDR Thüringen (2023 a):** Erneut Stolpersteine in Weimar beschädigt. Online: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/weimar/stolpersteine-beschmiert-antisemitismus-rechtsextremismus-100.html> [13.03.2024].
- MDR Thüringen (2023 b):** Drohungen und Beleidigung. Online: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/west-thueringen/wartburgkreis/beleidigung-drohung-auf-kleber-sticker-dgb-staatsschutz-buchenwald-102.html> [13.03.24].
- Müller, Hanno (2023):** Weimar: Portraits von Buchenwald-Überlebenden beschädigt. Online: <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/weimar/article238759917/Weimar-Portraets-von-Buchenwald-Ueberlebenden-beschaedigt.html> [13.03.2024].
- Nienäß, Niklas (2023):** Angriffe auf Politiker*innen. Es reicht! Online: <https://niklas-nienass.eu/anriffe-auf-politikerinnen-es-reicht/> [13.03.24].
- Plötner, Ralf (2023):** Bedrohung im Wahlkreisbüro. Online: <https://www.ralf-ploetner.de/aktuelles/detail/bedrohungen-im-wahlkreisbuero> [13.03.24].
- Queeres Netzwerk Thüringen (30.01.2024):** Gesellschaft formt Sprache und Sprache formt Gesellschaft – Verbote hingegen fördern Vorbehalte und Ausschlüsse. Online: <https://www.queerweg.de/projekte/lsbtiq-koordinierungsstelle/akzeptanz-in-ganz-thueringen/queeres-netzwerk-thueringen/stellungnahme-gendersensible-sprache> [13.03.2024]
- Strobl, Natascha (2021):** Radikalisierter Konservatismus. Suhrkamp: Berlin.
- Thüringer Allgemeine (2024):** Innenminister nach Anschlag im Kreis Gotha: »Das war ein Angriff auf Menschen, auf Leib und Leben.« Online: <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/gotha/article241764160/Nach-Brandanschlag-im-Kreis-Gotha-SPD-Spitze-unterstuetzt-Michael-Mueller.html> [12.04.2024].
- Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (2023):** Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Deutschland 2022. Online: <https://verband-brg.de/rechte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-deutschland-2022-jahresbilanzen-der-opferberatungsstellen/> [13.03.2024].
- WDR, Monitor (2024):** Der AfD-Staat: Rechtsextreme an der Macht? Online: <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/der-afd-Staat-rechtsextreme-an-der-macht-100.html> [13.03.2024].

SEKUNDÄRE VIKTIMISIERUNG DURCH POLIZEI UND JUSTIZ

Fiona Schmidt

Auf Social Media, in der Beratungsarbeit oder in Ermittlungsverfahren berichten Betroffene rechter, rassistischer, antisemitischer und sexualisierter Gewalt regelmäßig über schädigende und diskriminierende Reaktionen von Polizei und Justiz, die auch als ›sekundäre Viktimisierung‹ definiert werden. So bezeichneten z.B. die Hinterbliebenen und Überlebenden der rassistischen und rechtsterroristischen Mord- und Anschlagsserie des *Nationalsozialistischen Untergrunds* die polizeilichen Ermittlungen als eine Art ›zweiten Anschlag‹. Auch die Überlebenden und Hinterbliebenen der antisemitischen, rassistischen und misogynen Anschläge in Halle/Saale und Wiederdorf an Yom Kippur 2019 und des rassistischen Attentats von Hanau 2020 kritisierten die Polizei wegen fehlender Empathie, mangelnder Unterstützung, fehlendem Schutz und rassistischer Kriminalisierung durch Täter*innen-Opfer-Umkehr. Eine neue Studie hat sich diesem umfassenden Thema gewidmet, deren zentrale Ergebnisse hier vorgestellt werden.

Sekundäre Viktimisierung

Der Begriff Viktimisierung stammt vom lateinischen Wort *victima* (das Opfer) ab und beschreibt den Prozess des »Zum-Opfer-Werdens«. Die primäre Viktimisierung bezeichnet die ›eigentliche‹ Schädigung durch eine Gewalt- und/oder Straftat. Die sekundäre Viktimisierung, also eine erneute oder ›zweite‹ Schädigung, kann im Anschluss daran entstehen. Sie tritt auf, wenn es zu Fehlreaktionen durch das soziale Umfeld, durch Medienberichterstattung oder Strafverfolgungsbehörden – also Polizei, Staatsanwaltschaften oder Gerichte – kommt (Kiefl/Lamnek 1986: 239). Bei Betroffenen von rechter Gewalt besteht ein erhöhtes Risiko für sekundäre Viktimisierung (Kölbel 2007: 339). Wenn staatliche Strafverfolgungsbehörden nicht angemessen oder fehlerhaft handeln, kann bei Betroffenen das Gefühl entstehen, rechter Gewalt schutz- und hilflos ausgeliefert zu sein.

Sekundäre Viktimisierung erforschen

Bislang gibt es nur vereinzelte empirische Studien zu sekundärer Viktimisierung durch Polizei und Justiz in Deutschland, die vor allem auf die Initiative von Opferberatungsstellen zurückgehen. Erstmals wurden Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt mit sekundärer Viktimisierung durch die Polizei in Thüringen im Jahr 2014 erfasst (Quent et al. 2014). Um das Themenfeld nun auch mit Blick auf die Justiz zu untersuchen, haben das *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft* (IDZ) und professionelle Opferberatungsstellen – *ezra* in Thüringen und der *Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt* (VBRG e.V.) – eine Studie durchgeführt: »Sekundäre Viktimisierung von Betroffenen rechter, rassistischer, antisemitischer und sexualisierter Gewalt – Fokus: Polizei und Justiz« (Geschke et al. 2023). Dafür wurden Expert*innen und Betroffene interviewt und deutschlandweit 175 Betroffene rechter, rassistischer, antisemitischer und sexualisierter Gewalt befragt. Die Ergebnisse zeigen ein erschreckendes Ausmaß sekundärer Viktimisierung durch Polizei und Justiz sowie erhebliche Missstände auf.

Sekundäre Viktimisierung durch die Polizei

In den Interviews und der Befragung schilderten die Betroffenen unterschiedliche Formen von sekundärer Viktimisierung durch die Polizei. Dazu gehören fehlende Sensibilität und eine mangelhafte Kommunikation: Über die Hälfte der Teilnehmenden der Befragung fühlte sich von der Polizei nicht ernstgenommen (67 %), in ihrer Würde verletzt (52 %) sowie zweitklassig und ungerecht behandelt (64 %). Die Polizei habe teils aggressiv oder gar nicht mit ihnen kommuniziert. Weiter schilderten Betroffene, dass Polizeibeamt*innen ihnen mit Vorurteilen, Einschüchterungen sowie subtiler bis offener Feindseligkeit begegneten. Konkret wurden rassistische und/oder geschlechtsbezogene Abwertungen durch einzelne Polizeibeamt*innen angegeben. Dies wird von zwei Drittel der Befragten als eine erneute Schädigung durch die Polizei wahrgenommen. Sekundäre Viktimisierung durch die Polizei kommt also nicht nur in Einzelfällen vor, sondern ist eine mehrheitliche Erfahrung von Betroffenen rechter Gewalt.

Gerade bei Fällen rechter Gewalt ist es wichtig und auch rechtlich geboten, rassistische, antisemitische oder andere menschenverachtende Tatmotive zu ermitteln und zu berücksichtigen. Gibt es dahingehend Anhaltspunkte, müssen Ermittlungen dazu geführt werden (15.6 RiStBV). Mehrheitlich hatten die Befragten den Eindruck, dass

es der Polizei nicht wichtig war, den politischen Hintergrund der Tat aufzuklären (81 %) oder dieser ignoriert wurde (67 %). Dies verhindert erfolgreiche Ermittlungen und führt damit zu einer lückenhaften Strafverfolgung sowie Entpolitisierung rechter Gewalt. Fehlendes und unzureichendes Wissen in der Polizei zu rechter Gewalt und Ungleichwertigkeitsideologien (wie Rassismus und Antisemitismus) beeinträchtigt außerdem die Fähigkeit von Polizist*innen, angemessen, sensibel und respektvoll mit Betroffenen umzugehen. In Kombination kommt es häufig zu Täter*innen-Opfer-Umkehr durch die Polizei. Das heißt, dass den Betroffenen eine (Mit-)Schuld an der jeweiligen Tat unterstellt wird. Dazu gehört auch Untätigkeit und schützendes Verhalten der Polizei gegenüber den Täter*innen.

Sekundäre Viktimisierung durch die Justiz

Auch im Umgang mit der Justiz erleben Betroffene rechter Gewalt sekundäre Viktimisierung. Eine unzureichende Aufklärung und Berücksichtigung rechter Tatmotive, Täter*innen-Opfer-Umkehr vor Gericht und eine lückenhafte Umsetzung von Maßnahmen zum Opferschutz belasten und schädigen die Betroffenen erneut. Über die Hälfte der Teilnehmenden gab an, dass eine Anzeige nach der Tat gestellt wurde (72 %). Allerdings berichteten nur 19 der 175 Teilnehmenden, dass überhaupt eine Anklage erhoben wurde. Knapp die Hälfte dieser Strafverfahren wurde eingestellt, und nur in sechs Fällen kam es zu einer Verurteilung der Täter*innen durch ein Gericht. Die rechtliche Möglichkeit einer strafverschärfenden Berücksichtigung menschenverachtender Tatmotive nach § 46 Abs. 2 StGB wurde in keinem dieser Fälle angewandt. Dies verdeutlicht, dass solche Fälle häufig gar nicht erst durch die Justiz erkannt werden sowie entsprechend strafrechtlich berücksichtigt und verfolgt werden.

Insgesamt bewerteten die 19 Befragten die jeweiligen Ermittlungs- und Gerichtsverfahren eindeutig negativ: Sie wurden nur lückenhaft über ihre Rechte und mögliche Unterstützungsangebote informiert. Sie verneinten mehrheitlich, dass durch das Gerichtsverfahren die Gerechtigkeit wiederhergestellt wurde oder das Gerichtsverfahren bei der Verarbeitung oder dem Abschluss des Vorfalles geholfen habe. Zwölf von 19 Befragten fühlten sich durch den Umgang der Justiz erneut geschädigt – und haben auch hier sekundäre Viktimisierung erlebt.

Fehlreaktionen seitens der Polizei und der Justiz haben nicht nur Auswirkungen auf die Betroffenen selbst. Erfahrungen sekundärer

Viktimisierung können insbesondere angesichts fehlender Solidarität, Unterstützung und Hilfe zu einem kollektiven Vertrauensverlust und Rückzug aus öffentlichen Räumen führen. Davon berichteten fast alle Befragten. Besorgniserregend ist auch, dass sich infolgedessen viele Befragte und Menschen in ihrem Umfeld bei ähnlichen Vorfällen nicht mehr bei der Polizei melden wollen. Denn wenn Straftaten nicht angezeigt werden, fehlen sie auch in offiziellen Erfassungen. Dadurch verschärft sich langfristig die Untererfassung rechter, rassistischer, antisemitischer und sexualisierter Gewalt: Ein Problem, auf das Opferberatungen und wissenschaftliche Studien seit vielen Jahren aufmerksam machen (u. a. Dreißigacker et al. 2020: 47; VBRG e.V. 2023).

Hilfe für Betroffene

Unterstützung bei der Bewältigung von Tatfolgen fanden die Betroffenen zum einen durch Gespräche im sozialen Umfeld, mit Familie oder Freund*innen (77 %, 51 %). Zum anderen fanden sie professionelle Hilfe bei Opferberatungsstellen und durch psychosoziale Prozessbegleitung (39 %). Hier hatten Betroffene das Gefühl, ernst genommen und gehört zu werden. Außerdem wurden sie über ihre Rechte und den Ablauf von Ermittlungs- und Strafverfahren informiert und dazu beraten.

Seit 2015 verpflichtet die EU-Opferschutzrichtlinie (Richtlinie 2012/29/EU) die Bundesregierung dazu, den Zugang zu unabhängigen, professionellen und fachspezifischen Beratungsstellen zu erleichtern und auszubauen. Zudem ergibt sich aus dieser Richtlinie die Notwendigkeit, den Opferschutz und die Finanzierung der professionellen Opferberatungsstellen sicherzustellen. Doch hierzu offenbart die Studie erhebliche Defizite: Hinweise auf Unterstützungsmöglichkeiten und die Aufklärung über die Rechte der Betroffenen im Ermittlungs- und/oder Strafverfahren bleiben häufig aus.

Fazit

Die Studie zeigt deutliche Muster in den Erfahrungen von Betroffenen rechter, rassistischer, antisemitischer und sexualisierter Gewalt mit sekundärer Viktimisierung durch Polizei und Justiz: lückenhafte Aufklärung bzw. keine Berücksichtigung rechter Tatmotive sowie eine Täter*innen-Opfer-Umkehr. Ebenfalls bestehen häufig Probleme mit mangelhafter Kommunikation und fehlender Sensibilität im Umgang mit den Betroffenen. Diese reichen von der fehlenden Aufklärung

über ihre Rechte und Informationen zu Unterstützungsmöglichkeiten bis hin zu Diskriminierung und Feindseligkeit durch Vertreter*innen von Polizei und Justiz.

Erfahrungen von Betroffenen mit sekundärer Viktimisierung im Umgang mit Polizei und Justiz sind keine individuellen Einzelfälle, sondern ein institutionelles Problem. Daher sind auch institutionelle Veränderungen innerhalb der Behörden erforderlich, um sekundärer Viktimisierung entgegenzuwirken.

Professionelle Opferberatungsstellen unterstützen Betroffene rechter, rassistischer, antisemitischer und sexualisierter Gewalt, nicht nur mit den Folgen ihrer erlittenen Straftaten umzugehen. Sie sind eine wichtige Hilfe im Umgang mit Behörden und können Betroffenen helfen, sich gegen sekundäre Viktimisierung zu wehren. Die langfristige Finanzierung und der Ausbau der Opferberatungsstellen sind dafür dringend notwendig und erforderlich.

Nicht zuletzt verdeutlicht die Studie die entscheidende Rolle individueller und gesellschaftlicher Solidarität. Diese ist sowohl für die individuell Betroffenen als auch kollektiv für ihr jeweiliges Umfeld und ihre Community bedeutsam und stellen sich gegen die demokratiefeindlichen Botschaften rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (vgl. Ashour et al. 2021). Darüber hinaus können sie Betroffene vor weiteren Schädigungen durch (Fehl-)Reaktionen des Umfelds, der Behörden und der Gesellschaft schützen – insbesondere angesichts der anhaltenden und akuten Bedrohungen durch rechte Gewalt.



LITERATUR

- Ashour, Amani/Geschke, Daniel/Dieckmann, Janine (2021):** Hassgewalt und fehlende Solidarität – zur Kommunikation und Rolle der Mehrheitsgesellschaft. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie, Bd. 19. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung, S. 112–123.
- Dreißigacker, Arne/Riesner, Lars/Groß, Eva (2020):** Vorurteils kriminalität: Ergebnisse der Dunkelfeldstudien der Landeskriminalämter Niedersachsen und Schleswig-Holstein 2017. In: Stempkowski, Monika/Beclin, Katharina/Haider, Isabel (Hrsg.): »Sag, wie hast du's mit der Kriminologie?«. Forum Verlag Godesberg: Mönchengladbach, S. 125–150.
- Geschke, Daniel/Blüml, Marc/Wittmann, Lukas/Steinhauer, Jaroscha Pia/Schmidt, Fiona (2023):** Sekundäre Viktimisierung von Betroffenen rechter, rassistischer, antisemitischer und sexualisierter Gewalt – Fokus: Polizei und Justiz. Online: https://ezra.de/wp-content/uploads/2023/12/SeVik_Studie_051223_finale-Webversion.pdf [02.04.2024].
- Kiefl, Walter/Lamnek, Siegfried (1986):** Soziologie des Opfers. Theorie, Methoden und Empirie der Viktimologie. Fink: München.
- Kölbl, Ralf (2007):** Strafrechtliche Haftung für prozessbedingte sekundäre Viktimisierung. In: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, De Gruyter, 119, Heft 2, S. 334–360.
- Quent, Matthias/Geschke, Daniel/Peinelt, Eric (2014):** Die haben uns nicht ernst genommen: Eine Studie zu Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt mit der Polizei. Online: https://ezra.de/wp-content/uploads/2019/07/EzraBroschuereStudie_Layout2018_WEB.pdf [02.04.2024].
- Verband der Beratungsstellen für Betroffene Rechter, Rassistischer und Antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG) (2023):** Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Deutschland 2022. Online: <https://verband-brg.de/rechte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-deutschland-2022-jahresbilanzen-der-opferberatungsstellen/> [02.04.2024].



»RAUS AUFS LAND«: AUSBAU DER ANTIDISKRIMINIERUNGSBERATUNG IN THÜRINGEN

Noureddine Menacher
und Janine Dieckmann

Wie können Antidiskriminierungsberatungsstrukturen im ländlichen Thüringen diskriminierungssensibel etabliert werden? Der Beitrag gibt Einblick in die Ergebnisse einer Bedarfs- und Netzwerkanalyse, welche im Rahmen des Kooperationsprojekts von *MigraNetz Thüringen e.V.* und *thadine e.V.* »Raus aufs Land« 2023 entstanden ist. Fokussiert werden die Rahmenbedingungen für AD-Beratungsstrukturen im ländlichen Raum am Beispiel der Landkreise Ilm-Kreis (IK) und Saale-Holzland-Kreis (SHK) in Thüringen. Ziel der Analyse ist es, Handlungsansätze herauszuarbeiten, welche schrittweise den Aufbau einer flächendeckenden AD-Beratung im ländlichen Thüringen ermöglichen, die langfristig ausgelegt ist.

Im Rahmen der Bedarfs- und Netzwerkanalyse »AD-Beratung im ländlichen Raum« (Menacher/Dieckmann 2024)⁴ wurden vor allem die vielfältigen Bedarfe, Ressourcen und Herausforderungen sowie die Perspektiven gesellschaftlich marginalisierter und diskriminierter Communitys, ihre zivilgesellschaftlichen Beteiligungsmöglichkeiten und Diskriminierungserfahrungen in zwei Landkreisen Thüringens in den Blick genommen. Neben den Herausforderungen, welche insbesondere im ländlichen Raum für den Ausbau einer professionellen AD-Beratung bestehen, standen die Machbarkeit der Etablierung von AD-Beratung, bestehende Netzwerk- und Beratungsstrukturen sowie das regionale Wissen über Strukturen und Prozesse im jeweiligen Landkreis im Fokus der Analyse: Wer deckt bisher die Beratungsbedarfe von Menschen ab, die von Diskriminierung betroffen sind, und wer sind wichtige Schlüsselakteur*innen in den vielschichtigen

⁴ Dieser zusammenfassende Beitrag enthält einige Textstellen der genannten Publikation der Autor*innen. Die Analyse wurde im Projekt »Raus aufs Land – Antidiskriminierungsarbeit in Thüringen« unter wissenschaftlicher Begleitung des *Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft* durchgeführt und im Rahmen des Förderprogramms »respekt*land« der Antidiskriminierungsstelle des Bundes gefördert.

Themenfeldern der (Anti-)Diskriminierung? Welche Diskriminierungsfelder spielen in den Landkreisen eine Rolle? Welche Bedarfe konnten bisher noch nicht gedeckt werden?

Antidiskriminierungsberatung ist laut *Antidiskriminierungsverband Deutschland* (advd) ...

»[...] ein Unterstützungsangebot für Betroffene von Diskriminierung. Auf der Grundlage fachlicher Standards bietet es einen geschützten Raum zur Bearbeitung von Diskriminierungserfahrungen und begleitet Ratsuchende bei konkreten Schritten zur Einforderung ihres Rechts auf Gleichbehandlung und Respekt.«

Zudem werden mithilfe von Öffentlichkeits- und Transferarbeit ...

»[d]iskriminierende Praxen [...] sichtbar gemacht und thematisiert, Sensibilisierungs- und Veränderungsprozesse in Unternehmen, Organisationen und Verwaltungen begleitet.«⁵

Das Diskriminierungsverbot ist seit 2006 in Deutschland zwar juristisch im *Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz* (AGG) festgelegt, doch über 100 Organisationen fordern gemeinsam mit der ADS Bund eine dringend notwendige Gesetzesreform⁶: Es geht dabei u. a. um eine Erweiterung der Geltungsbereiche (momentan v. a. im Bereich Arbeit, Güter und Dienstleistungen), um eine Stärkung der Rechtsdurchsetzung (z. B. durch Verbandsklagen), aber auch um eine Erweiterung der Diskriminierungskategorien (derzeitige Merkmale: rassistische Zuschreibungen, Geschlecht [sic], Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexuelle Identität). Denn die gesellschaftlichen Diskriminierungserfahrungen, welche bei Betroffenen einen Beratungsbedarf hervorrufen, gehen über die bisherigen Lebensbereiche, Merkmale und in Form von Alltagsdiskriminierung über justiziable Formen der Diskriminierung hinaus. Um in Thüringen Lücken des AGG zu schließen, empfahl auch die Enquete-Kommission des Thüringer Landtages bereits 2019 ein Landesantidiskriminierungsgesetz für Thüringen.⁷

⁵ Siehe Website des advd: <https://www.antidiskriminierung.org/ratsuchende>.

⁶ Forderungen des Bündnisses »AGG Reform – Jetzt!«: https://agg-reform.jetzt/wp-content/uploads/2023/08/2023-08-08-Stellungnahme_Buendnis.pdf.

⁷ Bericht der Enquete-Kommission des Thüringern Landtages: https://www.thueringer-landtag.de/fileadmin/Redaktion/1-Hauptmenue/6-Service_und_Kontakt/3-Presse/1-Pressemitteilungen/Dokumente/bericht_der_enquetekommission_6_1_ursachen_und_formen_von_rassismus_und_diskriminierungen_in_thueringen_sowie_ihre_auswirkungen_auf_das_gesellschaftli.pdf.

Zentrale Ergebnisse zu Rahmenbedingungen für AD-Beratung im ländlichen Thüringen

Die Analyse fokussierte Strukturen, Bedarfe und Themen für AD-Beratung im ländlichen Raum. Es konnten dafür 14 Interviews geführt werden. Die qualitativen Interviews waren leitfadengestützt, wurden im Anschluss teiltranskribiert und inhaltsanalytisch ausgewertet. Im Folgenden werden zentrale Ergebnisse der Rahmenbedingungen kurz beschrieben.

Überlastung der Beratungslandschaft bei finanzieller Unsicherheit

Die Ergebnisse der Analyse illustrieren zunächst, dass für zivilgesellschaftliche Projekte und Beratungsstellen im Allgemeinen kaum finanzielle Planungssicherheit besteht. Etablierte und langfristig erarbeitete Beratungs- und Projektarbeitsstrukturen in den ländlichen Gebieten sowohl im IK als auch im SHK erfüllen einen immens vielfältigen Aufgabenbereich, die zumal auch »staatliche Aufgaben übernommen haben« (IK 2). Dennoch arbeiten sie in prekären Anstellungen sowie mit stark begrenzten finanziellen, zeitlichen und personellen Kapazitäten. So benennen Akteur*innen als eine Hürde für neue AD-Beratungsangebote, dass alle ...

.....
 »[...] in der Beratung ausgelastet sind, einfach aufgrund des Personalmangels. Weil sie ja auch keine weiteren Kapazitäten haben, um gegebenenfalls noch Initiativen zu starten.« SHK 8

Im SHK engagiert sich beispielsweise *Blitz e.V.*, welcher mit seinen Bildungs- und Beratungsangeboten insbesondere Jugendliche anspricht und Generationenarbeit in sieben Standorten leistet. Mit *RomnoKher Thüringen e.V.*, welcher eine Außenstelle in Eisenberg hat und nicht nur Sinti*zze und Rom*nja in Thüringen berät, sondern auch politische Antirassismuserbeit leistet, wurde die einzig vorhandene Migrant*innenorganisation im SHK interviewt. Aufgrund dieses Alleinstellungsmerkmals deckt der Verein oftmals auch übergreifende Themenfelder der Diskriminierung intersektional ab und gewährleistet gleichzeitig Beratung für eine große Region. Diese Beispiele bilden nur einen Teil der an AD-Arbeit und -beratung interessierten Akteur*innen in den Landkreisen ab. Beide beschreiben ein ähnliches Bild von strukturellen Herausforderungen und Bedarf an AD-Beratungsstrukturen.

Fehlende Beratungsstrukturen

Im Allgemeinen fehlen in großen Teilen beider Landkreise insgesamt Beratungsstrukturen und Anlaufstellen, doch vor allem Antidiskriminierungsberatungsangebote. Besteht etwa für Ilmenau oder Arnstadt ein relativ vielfältiges Beratungsangebot, ist der restliche IK mit seinen Kommunen nicht mit derlei Anlaufstellen ausgestattet. Es wurde ein sozialer Träger mit der Frauengruppe Großbreitenbach benannt, welcher etwa Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit sowie Beratungsangebote für ADHS anbietet. Zudem gibt es schulpsychologische Kinder-, Jugend- und Familienberatung im Kreis. Eine *Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung* (EUTB) berät Menschen mit Behinderung. Auch im SHK sind ähnliche Unterstützungsfelder erkennbar. Doch generell ist ein großer Nachholbedarf im ländlichen Raum Thüringens spürbar, wie folgende Aussage illustriert:

.....
»Und dann muss ich sagen, haben wir ja was verpasst in den letzten Jahren. Das war nicht notwendig, dass man sich so organisiert und jetzt ist der Bedarf da, und die Strukturen, wie in anderen Städten, wie Jena oder Gera, sind halt nicht vorhanden, das merkt man schon deutlich.«

SHK 8
.....

Landkreise und Kommunen, in denen sowohl AD-Beratungsstellen bzw. überhaupt nichtstaatliche Anlauf- und Beratungsstellen existieren, sind im ländlichen Raum Thüringens absolute Ausnahme. Wo sie vorhanden sind, wird ihre Arbeit meist durch prekäre Arbeitsverhältnisse oder gänzlich durch ehrenamtliches Engagement bewerkstelligt. Auf zivilgesellschaftlicher und institutionalisierter Projektebene wird in den Interviews bemängelt, dass eine Aufrechterhaltung der Beratungsstrukturen nur in Form von Projektvorhaben immer ein fragiles und brüchiges System darstelle. Dies liege auch an der fehlenden bzw. ausbaufähigen Bereitschaft, auf gesetzgebender und landesweiter Ebene strukturelle Schieflagen und tiefgreifende Diskriminierungsstrukturen aufzubrechen und in erster Linie zu erkennen.

Einbindung von marginalisierten Perspektiven bzw. Selbstorganisationen

Dieser Aspekt reiht sich in weitere Herausforderungen ein, die sich in ländlichen Regionen Thüringens widerspiegeln. Für die Etablierung neuer AD-Beratungsstrukturen müssten zunächst die vorhandenen

Netzwerkpartner*innen und Verweisberatungsstrukturen selbst eine etabliertere Stellung im lokalen und regionalen Umfeld erhalten, damit eine Anbindung, auch an Verwaltung und Institutionen, funktionieren kann. Eine einfache Neueröffnung und bloße Ankündigung von neuen Beratungsstellen im regionalen Kontext reiche nicht aus, damit es zur Sichtbarkeit und lokalen Einbindung von Beratungsangeboten kommt.

Antidiskriminierungsarbeit, welche für ein umfassendes Sichtbarmachen der Lebensrealitäten und der Bedarfe von Menschen mit Diskriminierungserfahrungen und Benachteiligungen in ländlichen Landkreisen steht, ist damit vor mehrfache Herausforderungen gestellt. Denn eine mühevoll und langwierige Aufgabe ist es auch, die Vertretungen von Ratsuchenden (z.B. Selbstorganisationen), die Diskriminierung im Landkreis erleben, in lokale zivilgesellschaftliche Netzwerke wichtiger Akteur*innen der Demokratiearbeit einzubinden. Erkennbar wurde in den Interviews darüber hinaus eine teils aktive, teils aus Unwissenheit resultierende Negierung oder Ablehnung von diskriminierungssensiblen und zivilgesellschaftlichem Engagement – in entsprechenden politischen Gremien sowie in der aktiven Feld- und Beratungsarbeit. Umso wichtiger ist vor allem die Einbeziehung der Perspektiven von Selbstorganisationen, communitybasierten Gruppen und Verbänden von Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, und zwar von Anfang an bzw. generell in Projekte und Prozesse für Antidiskriminierungsarbeit mitzudenken.

Verantwortungsabgabe für AD-Arbeit an zivilgesellschaftliches Engagement

In den meisten Interviews wurde als prägnanter Aspekt aufgegriffen bzw. lässt sich ableiten, dass das Hauptaugenmerk der AD-Arbeit in der Verantwortung des zivilgesellschaftlichen Engagements liegt und durch die fehlende Unterstützung durch kommunal- und landespolitische Strukturen geprägt ist. Diese Strukturen sind zwar teilweise durch engagierte Schlüsselakteur*innen in ernsthafter Auseinandersetzung mit Diskriminierungsthemen und AD-Beratung, doch sind die hemmenden und negierenden Faktoren deutlich erkennbar. Es besteht also zunächst ein grundlegender Bedarf an Sensibilisierung für Diskriminierung/-skritik sowie an einer grundlegenden Aufarbeitung der institutionellen Handlungspraxis. In den Interviews werden hierbei vor allem diskriminierende Aussagen von Mitarbeitenden in Behörden, im Schriftverkehr, in Bearbeitungsvorgängen und dem allgemeinen institutionalisierten Umgang mit Menschen, die von

Rassismus betroffen sind, angesprochen. Dieser Umgang hat ernste rechtliche, persönliche und psychische Konsequenzen bei Betroffenen verursacht. Die Auswirkungen von diskriminierendem Handeln auf individueller und institutioneller Ebene zeigen sich auf vielfältige Weise. Diese gefährliche Verstärkung von Institutionalisierungsprozessen gegen vulnerable Bevölkerungsgruppen, insbesondere in den ländlichen Regionen, verursacht eine fortwährende Segregation jener Menschen auf räumlicher, soziopolitischer sowie finanzieller Ebene, was eine folgende gesellschaftliche Teilhabe deutlich erschwert.



LITERATUR

und weiterführende Lektüre mit konkreten Handlungsempfehlungen:

Menacher, Nouredine/Dieckmann, Janine (2024): Antidiskriminierungsberatung im ländlichen Raum. Eine Bedarfs- und Netzwerkanalyse in Thüringen, Herausgegeben von MigraNetz Thüringen e.V. Online: https://www.migranetz-thueringen.org/media/filer_public/45/f6/45f6cccb-c758-4044-b179-5bfe98923c53/broschure_analyse_version_gross.pdf [01.04.2024].

AUTOR*INNEN-INFORMATIONEN

Arnold, Romy — studierte Politikwissenschaften an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und ist seit 2019 Projektleiterin und Beraterin bei der *Mobilien Beratung in Thüringen – Für Demokratie gegen Rechtsextremismus* (MOBIT e.V.).

Dieckmann, Janine, Dr. phil. — ist Sozialpsychologin mit Forschungs- und Arbeitsschwerpunkten der interdisziplinären Diskriminierungsforschung und Antidiskriminierungsarbeit. Sie ist stellv. wissenschaftliche Leitung des *Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)* und leitet seit 2019 den Forschungsbereich »Diversität, Engagement und Diskriminierung«. Seit November 2022 ist sie im ehrenamtlichen Vorstand des *thadine e.V.* tätig.

Hannemann, Matthias — ist seit 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschaftsgeografie der Friedrich-Schiller-Universität Jena und ehrenamtlich im Vorstand von *Refugio Thüringen e.V.* tätig.

Hoffmann, Alexander — ist Rechtsanwalt mit Kanzleisitz in Leipzig und Kiel und als Nebenklagevertreter von Betroffenen nazistischer und rassistischer Übergriffe auch bundesweit tätig.

Lauß, Theresa — hat Sozialwissenschaften und Soziologie an den Universitäten in Erfurt und Jena studiert. Sie ist Beraterin bei *ezra – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen*.

Menacher, Noureddine — studierte Geschichte und Soziologie des Vorderen Orients (M. A.), ist Projektmitarbeiter und Antidiskriminierungsberater beim Projekt »Raus aufs Land« des Landesnetzwerks *MigraNetz Thüringen e.V.*

Pietrzyk, Kristin — ist Rechtsanwältin mit Kanzleisitz in Jena und Leipzig. Bundesweit vertritt sie Betroffene nazistischer und rassistischer Übergriffe als Nebenklägerin, z. B. im Ballstätt-Verfahren und in den Verfahren zu den Attentaten in Hanau und Halle.

Salheiser, Axel, Dr. phil. — studierte Soziologie, Psychologie und Anglistik/Amerikanistik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er ist wissenschaftlicher Leiter des *Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)*.

Schestak-Haase, Franziska — studierte Sozialwissenschaften, Philosophie und Soziale Arbeit. Seit 2018 arbeitet sie als Beraterin bei *ezra – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen*.

.....

Schmidt, Fiona — promoviert an der Humboldt-Universität zu Berlin zu institutionellem Rassismus und Polizei und ist Co-Autorin der Studie »Sekundäre Viktimisierung von Betroffenen rechter, rassistischer, antisemitischer und sexualisierter Gewalt – Fokus: Polizei und Justiz« (2023).

.....

Schreiber, Stefanie — studierte Journalistik/Medienmanagement und Kommunikationsforschung mit Schwerpunkt Politik (M. A.). Sie arbeitet seit 2023 als Referentin für Öffentlichkeitsarbeit bei ezra – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen.

.....

Spehr, Sylvia — ist eine der Vielen im Bündnis #nordhausenzusammen. Sie arbeitet aktuell als Geschäftsführerin der LAG Jugendkunstschulen Thüringen e.V. Ehrenamtlich engagiert sie sich als Stadträtin im Nordhäuser Stadtrat (Bündnis 90/Die Grünen), als Vorstandsvorsitzende der LKJ Thüringen sowie in einigen zivilgesellschaftlichen Bündnissen.

.....

Steiner, Felix — ist Politikwissenschaftler und Berater bei der *Mobilen Beratung in Thüringen – Für Demokratie gegen Rechtsextremismus* (MOBIT e.V.).

.....

Streitberger, Johannes — ist Historiker und seit 2024 Geschäftsführer des *Zentrums für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration* (KomRex) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

.....

Zielinski, Susanne — ist Historikerin und Literaturwissenschaftlerin. Seit Sommer 2022 ist sie wissenschaftliche Referentin am *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft*. Sie leitet die *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Thüringen* (RIAS Thüringen). Daneben ist sie Lehrbeauftragte an der Universität Erfurt.

.....

Zobel, Franz — studierte Politikwissenschaften, Rechtswissenschaften und Neuere Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Er ist Projektleiter von ezra – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen.

.....











Herausgeber*innen: ezra,
MOBIT e.V., KomRex, IDZ Jena
Redaktion: Dr. Axel Salheiser
Lektorat: Susanne Haldrich
Gestaltung und Satz: Uwe Adler
Redaktionsschluss: 31. Mai 2024
Abbildungen: Wenn nicht anders
angegeben, liegen die Bildrechte
bei den jeweiligen Autor*innen.

ISSN Print: 2751-1847
ISSN Online: 2940-8679

© 2024

Gefördert vom Thüringer Ministerium
für Bildung, Jugend und Sport
im Rahmen des Thüringer Landes-
programms für Demokratie, Toleranz
und Weltoffenheit »Denk Bunt«.

*Diese Veröffentlichung stellt
keine Meinungsäußerung
des TMJBS dar. Für inhaltliche
Aussagen tragen die Autor*innen
die Verantwortung.*

MOBIT – Mobile Beratung
in Thüringen – für Demokratie,
gegen Rechtsextremismus e.V.
Schillerstraße 44, 99096 Erfurt
E-Mail: mail@mobit.org
WWW.MOBIT.ORG

ezra – Beratung für Betroffene
rechter, rassistischer und
antisemitischer Gewalt in Thüringen
Juri-Gagarin-Ring 96/98, 99084 Erfurt
E-Mail: info@ezra.de
WWW.EZRA.DE

KomRex – Zentrum für
Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und
gesellschaftliche Integration
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Humboldtstraße 11, 07743 Jena
E-Mail: komrex@uni-jena.de
WWW.KOMREX.UNI-JENA.DE

Institut für Demokratie
und Zivilgesellschaft (IDZ)
Tatzendpromenade 2a, 07745 Jena
E-Mail: mail@idz-jena.de
WWW.IDZ-JENA.DE

*Das IDZ ist eine Einrichtung
in Trägerschaft der
Amadeu Antonio Stiftung.*

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12, 10115 Berlin
E-Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de
WWW.AMADEU-ANTONIO-STIFTUNG.DE



DIE »THÜRINGER ZUSTÄNDE« 2023 BIETEN EINE KOMPAKTE, FAKTENBASIERTE DARSTELLUNG UND KRITISCHE EINORDNUNG

der Situation des Rechtsextremismus, des Antisemitismus und Rassismus, der Abwertung, Diskriminierung und Hassgewalt im Freistaat Thüringen. Dazu werden in zehn Einzelbeiträgen wissenschaftliche Analysen sowie Einschätzungen auf Grundlage zivilgesellschaftlicher Expertise und aus der Perspektive von Betroffenen und Engagierten vorgelegt.

WWW.THUERINGER-ZUSTAENDE.DE

AUS DEM INHALT: » Antisemitische, rechte und rassistische Gewalt in Thüringen 2023 » Die extreme Rechte in Thüringen 2023 » Explosion antisemitischer Vorfallzahlen: Die Folgen des Massakers der Hamas » #nordhausenzusammen – Wellenbrecher in Nordthüringen » Stadt, Land, AfD: Antidemokrat*innen auf dem Vormarsch? » Regionale Verbitterung und Rechtspopulismus: Auswirkung auf Unternehmenspraktiken, -netzwerke und -wettbewerbsfähigkeit » AfD-Verbot: Verzichtet die »wehrhafte Demokratie« auf ihre Waffen? » Feindbild ›links‹: Kontinuitäten antilinker Gewalt » Sekundäre Viktimisierung von Betroffenen rechter, rassistischer, antisemitischer und sexualisierter Gewalt » »Raus aufs Land«: Ausbau der Antidiskriminierungsberatung in Thüringen